

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

303 (29.12.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE TTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbteure Millimeterzeile füllt 12 Dienste, Gelegenheitsanzeigen 60 Dienste o. bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterfüllung des Auftrages keine, bei geschäftlicher Betreibung und bei Kontoführung außer Kraft tritt o. Verfallensfrist und Gerichtsstand: Karlsruhe i. D. o. Schluß der Anzeigen-Schlussfrist 4 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark o. durch die Post 2,36 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Einzelhefte monatlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellungen 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle des Verlegers: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 1020/1021 o. Postfach 1110 Karlsruhe, Fernruf: 9 3. - Baden, Jagdstraße 12, Reifelt, Nr. 2. Offenburg, Reubillstr. 8

Nummer 303

Karlsruhe, Donnerstag, den 29. Dezember 1932

52. Jahrgang

Wer ist der Mörder?

Viehischer Mord

Der Fememord an SA-Mann Hentsch

W.B. Dresden, 28. Dez. Gegenüber Auslassungen einiger sächsischer Blätter, daß die zuständigen Behörden die Suche nach den vermeintlichen Mörder des SA-Mannes Hentsch nicht mit der erforderlichen Sorgfalt und Energie betrieben hätten, obwohl von vornherein alles auf einen „Fememord“ hingedeutet habe, wird von zuständiger Stelle u. a. mitgeteilt:

„Die Staatsanwaltschaft hat unmittelbar, nachdem ihr die Akten zugegangen waren, mit Nachdruck die Ermittlungen betrieben, Haftbefehl gegen die mutmaßlichen Täter erwirkt und Steckbriefe erlassen. Sie hat in Erfahrung gebracht, daß die Beschuldigten bald nach der Tat ins Ausland geflüchtet waren, und weiß seit längerer Zeit, wo diese sich jetzt im Ausland aufhalten. Seit der Auffindung der Leiche ist außer dem beschuldigten Boman noch ein Bruder der Braut des flüchtigen Schenk, der 21 Jahre alte Maschinenflosser Eugen Beyer in Collmannsdorf, festgenommen worden.“

Die Sektion der Leiche findet heute statt.

Unter dem Verdacht des Mordes an dem SA-Truppführer Hentsch stehen der SA-Sturmführer Schenk, der Hentsch am 4. November spät abends an einen bestimmten Platz bestellt hatte, sowie der 22 Jahre alte SA-Mann und Telegraphenbauhandwerker Fränkel aus Dresden und der 20 Jahre alte berufslose SA-Mann Bock aus Dresden. Alle gehörten dem Nachrichtensturm der Dresdener SA an und verschwanden nach der Tat ins Ausland.

W.B. Dresden, 28. Dez. Die Staatsanwaltschaft hat bisher auf die Ergreifung der Mörder des Nationalsozialisten Hentsch keine Belohnung ausgesetzt. Es scheint auch, als ob sie nicht daran denke, eine derartige Belohnung auszugeben. Das bietet kaum ein Fall, in dem eine Belohnung zu der Auslieferung einer Belohnung wie dieser schenkliche Fememord.

W.B. Dresden, 28. Dez. Im sächsischen Landtag haben die Kommunisten zum Falle Hentsch einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wird, sofort eine strenge Untersuchung gegen den Kriminalrat Vogel wegen des dringenden Verdachts der Begünstigung bei der Unternehmung des Fememordes einzuleiten und Vogel bis zum Abschluß des Verfahrens vom Dienst zu suspendieren.

„Nach die bürgerlichen „Dresdener Neuesten Nachrichten“ weisen sich am Mittwoch gegen die Polizei und betonen, daß in der mangelnden Überwachung des Bornemannschen Grundstücks in Tharandt und der dadurch ermöglichten Flucht des Haupttäters Schenk, der nicht zu rechtfertigende Fehler der betreffenden Kriminalbeamten“ liegt.

„Alles deutet übrigens darauf hin, daß die Mörder in Mussolinis Reich geflüchtet sind.“

Weinende Mütter

SA, Berlin, 28. Dez. Die deutschen Schulbehörden verbieten ihren Schülern mit Recht die Zehnpendigkeit der „Nazi-Carrier“ und „Schauerromane“. Die blutige Hand an der Kirchturmsmauer im Film dargestellt, wird von der Zensur für jugendliche verboten. Wer rettet aber diese Jugend vor der Schandliteratur der Braunen Häuser und ihrer Heise. Die Gangster von Chicago, die Komitazzi von Mazedonien und die Futuristen von Sizilien, Korfu und Albanien nennen wenigstens Mord einen Mord, gestehen ihn, riskieren ihr Leben und büßen es ein, und es gibt niemand, dem es einstele, den Mord oder die Blutrache als „nationale Tat“ zu preisen und zu verherrlichen. Diese Sitte ist erst im Deutschland des 20. Jahrhunderts durch die Braunen Häuser und ihren nach Deutschland zugewanderten Ober-Obst eingeführt worden.

Dieser Hitler, dieser Goebbels, dieser Röhm, das sind die intellektuellen Urheber dieser politischen Morde. Fememörder Heines, Fememörder Schulz, beide wegen Mordes nach der Inflation zum Tode verurteilt, beide bekleiden jetzt hohe Ämter in der NSDAP oder sind heute Reichstags- und Landtagsabgeordnete der NSDAP. Gregor Strasser wurde von Hitler hinausgeschickt, weil er sich erlaubte, eine andere politische Taktik zu empfehlen. Wer aber lüftet und „Herrchen die Hand leckt“, der ist Freund und Kamerad und Würdenträger, mag er sich mit dem Blut des politischen Gegners oder gar dem des eigenen SA-Mannes über und über besudelt haben.

Zu Potemba haben Nationalsozialisten der Mutter den Sohn vor den Augen ermordet und den perfekten Leichnam vor die Füße geworfen. In Dresden wartet eine Mutter drei lange bange Wochen Tag und Nacht. Niemand antwortet auf ihre Fragen nach dem Sohne. Dann schrieb sie an Hitler. Sie schrieb an Röhm, den Stabschef der SA. Nach Wochen erwiderte Röhm: „Ihren Sohn, bebauere sehr, kenne ich nicht, weiß von nichts, wie soll ich der Hüter eines SA-Mannes sein, wo wir hunderttausend SA-Männer haben!“ Was jeder Offizier und General einer Armee als seine höchste

Pflicht betrachtet, über seine Truppen zu wachen und über jeden einzelnen Soldaten Rechenschaft zu fordern und abzugeben, was im Weltkrieg Ehrensache der feindlichen Länder und Heere gewesen ist: Die Namen der gefangenen und gefallenen Gegner dem jenzeitigen Lande nach internationalem Brauch und Recht zu melden, im Hitlerlager und bei den Erneuerern Deutschlands gilt es nicht.

Jetzt hat endlich die Mutter Hentsch ihren Sohn wieder! Ein Spaziergänger hat den Toten am Weihnachtstag entdeckt, im Wasser, eingebunden in einen Sack, der mit Steinen beschwert in die Talspalte geworfen worden ist. Ein SA-Mann, erschossen und ertränkt von den eigenen Kameraden. Wie lange wird es dauern, und wieder bangt die Mutter eines SA-Mannes um ihren einzigen Sohn, bis er eines Tages erschlagen aus dem Schlamm irgend eines Tümpels gezogen wird.

Selbst kann hier nur eines: Die Schließung der Braunen Nordzentralen. Erst wenn die Häuser nicht mehr sind, aus denen in den letzten Jahren so viel Elend über die Eltern verführt und hingemordeter Söhne gebracht worden ist, erst dann wird Deutschland wieder zur Ruhe kommen. Darum führen wir einen erbitterten Kampf nicht nur gegen die Invasoren der Braunen Häuser, als die Urheber der Menschenschlächtereien in Deutschland, sondern auch gegen die, die diese Sorte Politiker in die „Staatsführung“ einreihen und sich ihre Unterstützung sichern möchten. Diese Leute, Herr Schleier,

der, die nicht einmal das Leben ihrer Nächsten achten, sind nur durch Kampf, durch nichts anderes zu überwinden.

Der graufige Mord

„Harmlose“ Polizeibeamte

SA, Dresden, 28. Dez. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Sächsischen Landtag zu dem Fememord an dem SA-Mann Hentsch folgenden Antrag eingebracht:

Der Nationalsozialist Hentsch ist einem Fememord zum Opfer gefallen. In bestialischer Weise haben die nationalsozialistischen Mörder ihr Opfer angegriffen, den wahrscheinlich

noch lebenden Kameraden in Säde gemißelt, mit Steinen belästigt und dann in die eisigen Wassermaßen der Talspalte Walter geworfen.

Die Befürchtungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sind durch die entsetzliche Tat bei weitem übertriften worden. Die grenzenlose „Hetzpolitik“ der unterjünglichen Polizeibeamten wird durch den graufamen Fund in ein äußerst merkwürdiges Licht gerückt.

Das unerhörte Verhalten der in Frage kommenden Beamten hat nicht nur die Flucht der Mörder begünstigt, sondern auch die rechtzeitige Aufdeckung des gemeinen Kameradenmordes verhindert.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu ermahnen:

1. Diejenigen Beamten, die durch ihre unverständliche Haltung die Mörder begünstigt, zur Rechenschaft zu ziehen; 2. dafür zu sorgen, daß keiner dieser Beamten an dem weiteren Ermittlungsverfahren beteiligt wird; 3. die Mörder energisch zu verfolgen; 4. auch die intellektuellen Urheber, die in den Kreisen der Dresdener Partei- und Standartenführer der NSDAP zu suchen sind, ohne Ansehen der Person zur Verantwortung zu ziehen.

Abkehr von Weimar

Reichsgerichtspräsident a. D. Simons für Verfassungsänderung - Mehr Macht dem Reichspräsidenten - Ein Oberhaus - Degradierung des Reichstags

In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ beschäftigt sich Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons mit dem seit geraumer Zeit vorgetragenen Wandel in der Stellung des Reichspräsidenten. Aus dem „Hüter der Verfassung“, als der er neuerdings gerne bezeichnet wurde, sei er zum Reformator der Verfassung geworden. Man brauche nur den Schriftwechsel zwischen Hitler und Weimarer aufmerksam zu lesen, um die Richtung zu erkennen, in der die Präsidialgewalt des Reichs sich heute von der Weimarer Konstitution zu entfernen strebe. Dr. Simons weist eingehend nach, daß der Einfluß des Reichspräsidenten auf die Regierung in der Praxis die verfassungsmäßigen Grenzen weit überschritten habe, und daß eine Rückkehr zu den Grundgesetzen der Verfassung nötig ist. Die Abhängigkeit der Regierung vom Reichspräsident habe sich nun in den letzten dreizehn Jahren als das größte Hindernis einer stetigen und fruchtbringenden Reichspolitik herausgestellt. Daran knüpft Dr. Simons folgende Betrachtung:

Die jetzt im Namen des Reichspräsidenten aufgestellten Forderungen gehen über die Verfassung hinaus. Das ganze Kabinett soll aus Männern seines persönlichen Vertrauens bestehen; kraft seiner Vertretung des Reichs nach außen (Art. 45) will er den Außenminister, kraft seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht (Art. 47) den Reichswehrminister ohne Rücksicht auf den Reichstag ernennen und halten. Das ist aus den Bestimmungen der Verfassungsartikel nicht herzuleiten. Die Leitung der auswärtigen Politik und die Behandlung und Verwendung der Reichswehr hat in den Grundgesetzen weder der Reichspräsident noch der Reichstag, sondern der Reichskanzler zu bestimmen (Art. 56); der Einfluß des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers wird innerhalb dieser Schranken nur ein persönlicher sein, kann aber als solcher sehr weit gehen, je nach der Stärke der beteiligten Kräfte. Es ist bezeichnend, daß auf der einen Seite die Parteien, die am parlamentarischen System interessiert sind, die reichsgerichtliche Einschränkung des Art. 48 verlangen und auf der anderen Seite der Reichspräsident seine Bereitschaft, Hitler den Posten des Reichskanzlers zu übertragen, davon abhängig gemacht hat, daß er in der Anwendung des Art. 48 nicht beschränkt werde. Ich halte die heutige Auslegung und Anwendung des Art. 48 nicht für verfassungsgemäß.

Schon daß das Notverordnungsrecht aus Art. 48 auf Fälle der Wirtschaftsgeschehnisse ausgedehnt wurde, war bedenklich, weil es dem Ermessen der Exekutive einen zu weiten Spielraum ließ. Ich habe deshalb als Stellvertreter des Reichspräsidenten abgelehnt, eine befristete Notverordnung betr. eine Regelung des Bankwesens nach Fristablauf zu erneuern, weil ich die Verordnung selbst für verfassungswidrig hielt. Die schlimmen Folgen der Ablehnung, die mir damals der Reichskanzler ausmalte, um mich zur Unterschrift unter den Notverordnungsentwurf zu bewegen, sind nach keiner Richtung eingetroffen. Seitdem wurde freilich die Gefahr, die unsere Wirtschaftslage bedroht, ungleich ärger, aber ungleich die Gefahr einer verfehlten Notverordnungsmaßnahme. Die Krise der Präsidialregierung wächst sich allzu leicht zu einer Präsidialkrise aus.

Deshalb glaube ich, daß bei der Reform der Reichsverfassung eine genauere Umgrenzung der Machtfülle nötig wird, die Art. 48 dem Reichspräsidenten gibt. Sie muß ihm grundsätzlich erhalten bleiben. Denn er ist nicht sowohl Hüter der Verfassung, als Hüter von Verfassungsgrundsätzen von Volk und Reich, vor deren Notwendigkeiten unter Umständen selbst die Verfassung zurückzutreten hat. Wie weit das der Fall sein darf, wie tief der Reichspräsident nicht nur in die Grundrisse, sondern auch in die Rechte der Länder eingreifen darf, sollte nicht staatsgerichtlicher Entscheidung überlassen bleiben, sondern als Maßfrage verfassungsrechtlich klargestellt werden.

Wird somit der Reichspräsident sich auf der einen Seite eine gewisse Einschränkung gefallen lassen, so muß auf der anderen die Regierung seines Vertrauens auch von der Befehl befreit werden, die in Art. 54 der Reichsverfassung in ihre Hände gelegt ist. Deutschland bedarf in noch höherem Maße als die Vereinigten Staaten einer stetigen Regierung, die nicht wechselnden Parteimeistern, sondern der Zukunft des Volkes verantwortlich ist, und über deren Bestand der Reichspräsident entscheidet.

Dr. Simons faßt seine Vorschläge für die Reform der Stellung des Reichspräsidenten in der Verfassung folgendermaßen zusammen: Abschaffung des Art. 54; reichsgerichtliche Klärung der Tragweite des Art. 48; Hebung des Reichsrats zu einer gleichberechtigten gesetzgebenden Körperschaft; Verbindung der Stelle des Reichspräsidenten mit der eines preussischen Staatspräsidenten.

Auch ein „Novemberverbrecher“

Der „revolutionäre“ Erzreaktionär

Der frühere Reichsinnenminister v. Gaal wollte 1918 bei Ausbruch der Revolution als Hauptmann in Romno. Da er den Anschluß an die neue Zeit nicht verpassen wollte, hat er, dem Soldatenrat als Mitglied angehören zu dürfen. Die Chemnitzer „Volkstimme“ enthielt diesen interessanten Vorfall kürzlich und Nazi-Kube griff die Sache auf, indem er an die preussische Staatsregierung eine entsprechende Anfrage richtete.

In selbstfamer Zurückhaltung hat die preussische Staatsregierung Herrn Kube jetzt geantwortet, daß durch das Ausscheiden des Reichsinnenministers v. Gaal aus seinem Amt die Kleine Anfrage wohl als erledigt zu betrachten sei. Warum diese Zurückhaltung gegenüber einem Manne, der schließlich für die Gemaltaktion gegen Preußen mit verantwortlich ist? Sie wird nur dadurch begrifflich, daß auch in der zurückhaltenden Erwiderung auf die Anfrage eine positive Antwort in dem Sinne liegt, daß Gaal im November 1918 in Romno „revolutionären“ Soldatenrat gekieft hat.

14 Jahre später gehörte dieser Mann mit Herrn v. Papen zu denen, die die Macht und das Recht in sich fühlten, der Weimarer Verfassung den Dais umzubringen. Ehe es soweit kam, mußten sie unter dem Druck der Arbeiterbewegung von der Bildfläche verschwinden.

Wie lange noch?

Die Papenregierung in Oesterreich

Wien, 27. Dez.

Als sich der forsche Herrenreiter Papen in den Sattel schwang, ließ er in alle Welt trompeten, daß das fröhliche Reiten an die vier Jahre dauern werde. Doch die Hürden waren zu hoch und die Gräben zu breit, der Gaul des Herrn Papen kürzte sich zu Tode und schmächtig hinkend räumte der übermütige Junker das Feld. Papens tolle Sprünge haben die österreichischen Antimarkisten zur Nachahmung gereizt. Und wieder einmal bewiesen gerade grimmige Antimarkisten die Nichtigkeit eines Wortes von Karl Marx: Was Deutschland als Tragödie auf der Bühne der Weltgeschichte vorgeführt wurde, das wiederholen mit grotesken Scherzen garniert, die österreichischen Clowns der europäischen Konturrevolution — als Komödie! Eine Posse allerdings, die so schlecht gespielt wird, daß innerhalb der Bevölkerung der Aergers die Erheiterung verdrängt. Leider sind diese schlechten Schauspieler auf beiden Seiten taub. Längst wird auf allen Plätzen gejöhrt, die Herren wollen aber ewig auf den Brettern bleiben.

Papen kürzte, weil seine Regierung mit keinem einzigen Problem fertig werden konnte; er kürzte, weil die Herren Deutschlands zweifeln, durch diesen Notwinter zu kommen, wenn alle Klaffen des deutschen Volkes, mit Ausnahme einer dünnen Herrenschicht, gegen die Regierung stünden. Papen kürzte aber auch deshalb, weil der einseitig agrarische Kurs seiner Regierung für einen Industriestaat wie Deutschland unerträglich ist.

In Oesterreich will der Bundeskanzler Dollfuß wie Herr Papen im großen deutschen Reich regieren. Einseitige Agrarpolitik, ununterbrochene politische Provoaktionen, die die Mehrheit des Volkes reizen müssen, engstirnige brutale Sozialreaktion, das waren die Kennzeichen des Regierungstun in Oesterreich. Daß die Mehrheit des Volkes jemals diesem Kurs zustimmen werde, konnte weder in Deutschland noch kann es in Oesterreich erwartet werden. In Deutschland konnte man mit Hilfe von Notverordnungen dem Volke aufzwingen, was in einem Parlamente nicht durchzuführen war. In Oesterreich fehlt neben vielen anderen Voraussetzungen für ein Herrenklubregime das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten. So betätigten sich die österreichischen Regenten als Runderläuterer und bliesen dem kriegerischen politischen Ermächtigungsgesetz, einem Gespenst aus der Kriegszeit neuen Atem ein.

Gleich der erste Versuch, dieses kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz anzuwenden, endete mit einer kläglichen Blamage. Aber man ist nachgerade gewöhnt, daß die Regierung Dollfuß blamiert. Einmal versuchte der Sicherheitsminister im Parlamente den republikanischen Schutzbund anzugreifen, doch die Attache des Theresienritters endete damit, daß er dem Nationalratspräsidenten versichern mußte, er habe niemanden beleidigen wollen und ihm der Bundeskanzler vor dem verammelten Hause das Konzept seiner Rede fertiggestellt. Dann wollte der Staatssekretär die Landeshauptleute anweisen, ein geschwindiges Versammlungsverbot durchzuführen. Diesmal mußte er sich von dem sozialdemokratischen Landeshauptmann von Wien darüber belehren lassen, daß das Verbot gesetzlich und verfassungswidrig war und ein Staatssekretär überhaupt nicht das Recht hat, den Landeshauptleuten Weisungen zu geben.

Als die Regierung gebildet wurde, verhandelte der christlichsozialistische Landeshauptmann Rintelen über ihre Zusammenlegung mit der Heimwehr im Griesenbühl. Sie wurde auch entsprechend zusammengestellt. In Oesterreich gibt es einen Handelsminister, der als Heimwehrsoldat eine ganz gute Figur machen soll. Als er sein Amt antrat, erlaubte sich ein Wiener Blatt den Scherz, eine Reihe von Industriellen und Kaufleuten zu fragen: Was wissen Sie von unserem neuen Handelsminister? Worauf die meisten der Befragten bedauernd erklärten, von dem Herren eigentlich noch recht wenig gehört zu haben. Wenn wir uns recht erinnern, hat einer der Herren sogar erklärt, er habe den Namen Tancig überhaupt noch nie gehört.

Die Stellung der Regierung ist denkbar schlecht. Wie sich bei der Beratung des Heeresgebührengesetzes wieder drastisch gezeigt hat, erwachen ihr daraus, daß sie im Bundesrat nicht einmal die Einstimmenmajorität hat, über die sie im Nationalrat noch verfügt, die allergrößten Schwierigkeiten. Dazu kommt, daß die österreichische Regierung durch und durch von inneren Intriguen zerfressen ist: der christlichsozialistische Unterrichtsminister Rintelen hat keinen schillernden Wunsch als den, den christlichsozialistischen Bundeskanzler Dollfuß kürzen zu sehen und sich an seine Stelle zu setzen. Die christlichsozialisten stehen diesem Zusammenbruch ihrer Politik ratlos und hilflos gegenüber. Sie wissen sehr gut, daß sie aus Neuwahlen nur noch als Bruderschaft einer mächtigen Partei hervorgehen werden. Und für jenen Flügel der Partei, der sich verdeckte Hoffnungen auf eine fünftägige Koalition mit den Nazis macht, stehen die Chancen sehr schlecht. Die österreichischen Nazis sind infolge ihrer frechen Lausbubenstreiche, die bis weit ins bürgerliche Lager hinein helle Empörung hervorgerufen haben und der bereits alltäglichen Blamagen ihres Führers Frauenfeld, auf die Kutschbach an geraten und werden bei den nächsten Wahlen wohl kaum begehrtere Koalitionspartner sein.

In dieser mißlichen Lage führt Herr Dollfuß schon seit Wochen eine Scheinregierung, die den kläglichen Ehrgeiz hat, sich als Herkules des großen Bruders Papen zu gebärden, aber nicht einmal den Mut hat Herrn Papen den erfolgreichsten Schritt seiner Regierung nachzumachen — den Rücktritt.

„Juda erwache!“

Hitler, großer Oaf: Was sagst du nun?

Der jüdischzionistische Wehrverband „Brit-Drumledor“ hat eine Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere als Instruktoren eingestellt. Unter ihnen befinden sich, nach den Mitteilungen des Berliner „Politischen Pressebüros“, Offiziere, die bisher der SA als Unterführer angehört haben.

Der „Brit-Drumledor“ ist ein in Palästina bestehender jüdischnationalistischer Wehrverband, der die jüdische Jugend Palästinas gegen die Araber „ertüchtigt“. In Deutschland haben die jetzt im „Drumledor“ instruierenden SA-Offiziere ihre Nazilänglinge gegen die Juden gedrillt. Deutschland erwache — Juda verrecke! Jetzt lehren dieselben SA-Leute in Jerusalem den Schlachttruf: „Juda erwache!“

Ein Arbeitszeitkandal

Arbeitszeiten von 100 Stunden im Gesundheitswesen — Der Arbeitsminister will die Arbeitszeit verkürzen — Die nachgeordneten Stellen pfeifen auf seine Forderung

In einer Zeit, wo um die Bierstundenuhr gefämpft wird, gibt es in den Betrieben des Gesundheitswesens zum Teil noch Arbeitszeiten von weit über 100 Stunden pro Woche. Seit langem kämpft der Gesamtverband der Reichssekktion Gesundheitswesen gegen diesen Arbeitszeitkandal. Im Frühjahr dieses Jahres wurde von der Reichssekktion ein neuer Vorstoß gegen diesen Skandal unternommen. Sie hat dem Reichstag und dem Reichsarbeitsministerium eine Aufstellung übermittelt, in der die Dienstzeiten jeder einzelnen Kranken-Anstalt genau aufgeführt und die verantwortlichen Stellen von neuem um Abhilfe ersucht wurden. Der Vorstoß des Gesamtverbandes hatte zunächst wenigstens, einen gewissen Erfolg.

Unter dem Druck der Arbeitsmarktlage hat sich der Reichsarbeitsminister Schüller, wohlgeleitet der Reichsarbeitsminister der verschiedenen Gesundheitsämter, dazu aufgerafft, die Arbeitszeitverkürzungsforderung der Gewerkschaften wenigstens auf dem Gebiete des Gesundheitswesens entgegenzunehmen. Er brachte in einem von ihm an die zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens gerichteten Schreiben mit erfreulicher Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die von den Gewerkschaften erhobenen Beschwerden über die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten berechtigt seien und Abhilfe geschaffen werden müsse. Bei aller Würdigung der Geldlage der Provinzialverwaltungen und Gemeinden müsse berücksichtigt werden, daß die Verordnung über die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten vom Jahre 1924 schon weitgehend auf die Besonderheiten der Arbeitsverhältnisse in diesen Anstalten Rücksicht nehme, indem die 60-Stundenwoche als Höchst Arbeitszeit anstelle der für die übrigen Arbeitnehmer grundsätzlich geltenden 48-Stundenwoche vorgegeben worden sei. Es müsse unbedingt darauf geachtet werden, daß die 60-Stundenwoche nun nicht auch noch überschritten werde. Zu starke Personaleinsparungen könnten sich in der Folge als falsche Sparmaßnahmen erweisen. Ständig überarbeitete Personen würden frühzeitig erwerbsunfähig und verurteilt dann vorzeitig Ruhegehaltskosten. Längere Dienstzeiten der beamteten und karitativen tätigen Personen seien auch deshalb bedenklich, weil sie einen Anreiz dazu bieten könnten, die im freien Arbeitsverhältnis tätigen Krankenpflegerinnen aus ihren Stellen zu verdrängen. Es müsse eine Kürzung der übermäßig langen Dienstzeiten vorgenommen werden, weil dadurch die erwünschte Wirkung der Neueinstellung einer gewissen Anzahl von Pflegegelehrten und damit eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten würde.

Der Reichsarbeitsminister trat also für Arbeitszeitverkürzung ein. Was geschah aber? Bei den nachgeordneten Stellen ist jedes Eingehen auf die Wünsche des Reichsarbeitsministeriums nicht nur unterblieben, ja man hat häufig gerade das Gegenteil von dem getan, was der Minister empfohlen hat.

Wenn der Minister etwas anordnet, was sich gegen die Arbeiterschaft richtet, dann sind — so stellt der Gesamtverband voll Bitterkeit fest — die Landes-, Kreis-, Provinzial- und Gemeindevorstellungen stets gehorsame Diener. Dann wird, vielfach mit unerbörlicher Rücksichtslosigkeit, wenn nicht gar mit Brutalität, jeder Wink von oben befolgt. Will aber wirklich einmal ein Minister etwas für die Arbeiter tun, dann streifen weiter unten die maßgebenden Stellen.

Die Arbeitszeit ist ein tieftrauriges Kapitel.

Notwerk für die Jugend

Aufgepaßt: Die Ausführungsbestimmungen

Im Anschluß an den Aufruf des Reichspräsidenten über das Notwerk der deutschen Jugend hat der Reichspräsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Verfügung erlassen, die nach ihrem Aufgabengebiet für die arbeitslose Jugend gelten soll. Neben dem Arbeitsamt kommen vor allem die Gemeinden, Freie Wohlfahrts- und Jugendpflege, Gesundheits- und Berufsberatung, die Jugendverbände aller Art für diese Arbeitsgemeinschaften in Frage.

Das Notwerk soll den jungen Arbeitslosen täglich mindestens vier Stunden sinnvolle Beschäftigung bieten. Hierzu sollen grundsätzlich durchschnittlich mindestens zwei Stunden täglich auf berufliche Bildungsarbeit verwendet werden. Mindestens weitere zwei Stunden täglich sind auf Vorträge und Kurse oder auf gemeinsame geistige Beschäftigung zu verwenden, die der geistig-stillenden Erhaltung dienen sollen. Nach dem Erfolg soll geprüft werden, ob Gruppen von Jugendlichen zu Selbstdiensten bei Einrichtungen der öffentlichen und freien Fürsorge, die sich nicht zur Anerkennung im R.D.M. eignen, eingesetzt werden können. Für junge Arbeitslose, die keinen Platz in der Familie haben, ist die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften durch geeignete Träger zu fördern.

Für die Durchführung des Notwerkes sind die Kräfte und Mittel aller vorhandenen Stellen planmäßig einzusetzen. Nach Möglichkeit sollen alle verfügbaren Plätze in den Werkstätten der Berufs- und Fachschulen in Anspruch genommen und darüber hinaus geeignete leerstehende Betriebsanlagen als Schulungswerkstätten

benutzt werden. Die sonstige geistige und sportliche Beschäftigung wird vornehmlich den Einrichtungen der Jugendverbände, der Volksbildung, den Turn- und Sportvereinen u. a. obliegen.

Was die in dem Aufruf des Reichspräsidenten erwähnten Kameradschaften der jungen Arbeitslosen anlangt, so sind zur Bildung solcher Kameradschaften alle Gemeinschaftsgruppen (Jugendverbände u. a.) berechtigt, die keine staatsfeindlichen Ziele verfolgen. Parteipolitischen Bestrebungen darf das Notwerk nicht dienlich gemacht werden. In der Regel soll eine Kameradschaft nicht weniger als 25 Mitglieder haben.

Die beruflichen Bildungsmaßnahmen bleiben nach wie vor darauf gerichtet, die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen zu erhalten und zu steigern, ihre Verwendungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Verbundenheit mit dem Beruf aufrechtzuerhalten.

Zur Durchführung des Notwerkes hat die Reichsregierung einen Betrag von neun Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Aus diesen Reichsmitteln können insbesondere an freiwillige Kameradschaften Beihilfen vor allem zu den Kosten der Verpflegung gewährt werden. Als Beihilfe kann höchstens ein Betrag von höchstens 15—20 RM. gewährt werden, im Durchschnitt des Bundesarbeitsamtsbezirks nicht mehr als 20 RM. Die Beihilfen haben regelmäßig zur Voraussetzung, daß sich auch andere — private oder öffentliche — Stellen mit einem Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Ausgaben des Notwerkes beteiligen. Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind an den Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu richten.

Der neue Zarismus

Brutalster staatlicher Massenterror

Der Sowjetstaat bringt seinen Einwohnern neuerdings wieder einmal zum Bewußtsein, daß er ein Gewaltstaat ist, in dem der Einzelne ein Nichts ist, ein Staubkorn ohne alle Rechte — selbst ohne das Recht zum Leben. Eine neue Verordnungsliste zeigt, daß jeder Einwohner der Städte, der Betriebsstätten, wie der kollektiven Landhäuser über 16 Jahre einen Paß haben und ständig bei sich führen muß. Damit wird die Paßvorschrift des Zarismus in verstärkter Form wieder eingeführt.

Diese neue Verordnung ist eine furchtbare Waffe in der Hand der Sowjetbehörden. Sie soll der „Entlassung der Städte vom sozialen Schutze“ dienen. Ohne Paß keine Arbeit, kein Brot, kein Aufenthaltswort, kein Wohnrecht, keine Wohnung! Als vor Jahren die Arbeitslosen sich in den Städten drängten, als der Zustrom vom Land mußte, wurden sie mit Gewalt auf das Land zurückgedrängt. Ein ähnlicher Prozeß soll jetzt vor sich gehen. Die Not des Landes hat abermals zum Zustrom in den Städte geführt. Jetzt sollen die Städte zwangsweise entleert werden! Wer keinen Paß erhält, muß hinaus ins Nichts, in die Dede des Landes. Er wird „sozial liquidiert“. Das heißt, die Verewigerung des Passes ist ein trockenes Todesurteil, ein unheimlicher Bevölkerungsbestandteil, der nicht in das Zwangselbst dast, soll unsichtbar gemacht, unterdrückt, bezimert werden. Wie viele Millionen dieses sind, läßt sich im Augenblick nicht überblenden. Dem Weien nach ist dieses Vorgehen grausamster sozialistischer Massenterror. Zugleich aber gerät die bevorrechtigte Bevölkerung noch härter unter die Mawakalt der Sowjetbürokratie.

Sie wird sozial fixiert, sie wird an Wohnorte und Arbeitsstätten gebunden, sie wird immer mehr abgestempelt, entzweit, entindividualisiert. Alle Freiheiten nimmt damit ein Ende. Wer sie beansprucht, gehört zum „sozialen Schutze“. Wer keinen Paß erhält, ist ein Nemo, er existiert für den Sowjetstaat nicht. Er mag am Abend umkommen, oder von der GPU liquidiert werden. Freiheit und Gleichheit für alles, was Menschenantitz trägt, existiert in Sowjetrußland längst nicht mehr. Aber diese neue Verordnungsliste ist ein letzter Schlag gegen alle menschliche Solidarität, ein gigantischer, abstrakter Planwahnsinn streicht das Bewußtsein von Millionen aus. Wenn die Sowjetdiktatur die Säuberung der Städte vom „sozialen Schutze“ mit ihren Gemeinen besetzen würde, so würde ein solches Vorgehen kaum unmenschlischer sein.

Die Manicherei mit Butter und Margarine

Zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette ist die Reichsregierung durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ermächtigt worden, einen Verwendungszwang für Butter bei der Herstellung von Margarine in Ergänzung des schon seit 1. Dezember 1930 bestehenden Verwendungszwanges für Talg und Schmalz anzuordnen.

Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, Vorschriften über den Umfang der Herstellung von Margarine, Runkelrübenöl, Speiseöl, Pflanzenfetten und geräuchertem Tran zu erlassen, sowie einen Verwendungszwang von inländischen Ölsaaten anzuordnen. Schließlich enthält die Verordnung noch Bestimmungen, die die Kontrolle für Margarine und Runkelrübenöl betreffen und Maßnahmen auf diesem Gebiete entgegenwirken sollen.

Die Maßnahmen sollen in den hiesigen Wirtschaften helfen und den Tiefstand der Preise für die Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft heben. Der Erlös aus diesen Betriebszweigen lag bereits im vergangenen Wirtschaftsjahr mit nur noch 4,3 Milliarden Reichsmark um 2,1 Milliarden Reichsmark unter dem Erlös im Wirtschaftsjahr 1928/29.

Die jetzt vorgelebene Regelung der Fettwirtschaft stellt eine Ergänzung der Kontingentierung der Einfuhr von Butter und Schmalz dar. Sie soll den Anteil der ausländischen Rohstoffe bei der Margarineherstellung zu Gunsten der einheimischen tierischen Fette einschließlich Butter zurückdrängen. Der Buttermarkt soll durch Verarbeituna gewisser Mengen bei der Margarineherstellung entlastet werden.

Durch die gleiche Verordnung des Reichspräsidenten wird das Maismonopol auf andere Getreidearten als die in Nummer 1—7 des Zolltarifs besonders genannten sowie auf Reis, Reisabfälle, Rückstände von der Stärkerzeugung aus Reis usw. ausgedehnt. Der Zweck des Maismonopols war es, eine übermäßige Einfuhr ausländischer Futtermittel im Interesse der Vermehrung deutscher Futtermittel fernzuhalten.

Die Preise für Speiseeis sollen durch diese Regelung nicht beeinflusst werden.

General Ligmann legt sein Reichstagsmandat nieder

General a. D. Ligmann, der als Alterspräsident des Reichstags durch seine mit Problematik und Tatlosigkeit verknüpfte Eröffnungsgesetze sehr unliebsames Aufsehen erregt hat, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Herr Ligmann ist von den Nazis offenbar nur in der Absicht als Reichstagspräsident aufgestellt worden, damit die Nazis den Alterspräsidenten zu stellen vermöchten. Das ist ihnen gelungen und wie die Erfahrungen gezeigt haben, auch eine neue politische Taktlosigkeit dazu.

Die Amnestie

Das Gesetz über Straffreiheit vom 20. Dezember 1932

Von Rechtsanwalt **Veit, Karlsruhe**

Durch dieses Gesetz ist in so weitem Umfang für bestimmte strafbare Handlungen, und zwar sowohl für schon rechtskräftig abgeurteilte Straftaten als auch für solche, die noch nicht zu einem gerichtlichen Verfahren geführt haben, also auch für Delikte, die noch arbeitsrechtlich oder durch andere Tatrichter ermittelt sind, Straffreiheit gewährt worden, daß die Kenntnis seiner Bestimmungen von allgemeinem Interesse sein dürfte.

I. Die von der Amnestie ausgeschlossenen strafbaren Handlungen

Ein Kreis von strafbaren Handlungen ist von der Amnestie ausgeschlossen, und zwar gleichgültig, aus welchen Motiven diese strafbaren Handlungen begangen worden sind und gleichgültig, mit welchen Strafen sie belegt oder bedroht sind. Diese von der Amnestie ausgeschlossenen Handlungen sind:

1. Die Verbrechen gegen das Leben, also die Handlungen, die in dem § 211 des StGB, als Mord, § 212 und 214 als Totschlag bezeichnet sind.
2. Die Verbrechen gegen den § 1 der inwärtigen aufgehobenen Terror-Notverordnung vom 9. August 1932, worin neben dem Mord und dem Totschlag auch das Verbrechen der Brandstiftung, der Zerstörung durch Sprengstoffe oder der Gefährdung eines Eisenbahntransportes, sofern diese Verbrechen bisher mit lebenslänglicher Zuchthaus bedroht waren, mit der Todesstrafe bedroht worden sind. Die Verbrechen gegen den § 1 der Terror-Notverordnung sind aber nur dann von der Amnestie ausgeschlossen, wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist. Unter diese Rubrik der von der Amnestie ausgeschlossenen Handlungen fallen schließlich vorsätzliche Brandstiftung mit Todesfolge, Zerstörung durch explodierende Stoffe mit Todesfolge und vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahntransportes mit Todesfolge.
3. Die zweite Gruppe der von der Amnestie ausgenommenen Handlungen sind solche Delikte, die als Landesverrat oder Vererrat militärischer Geheimnisse zu bezeichnen sind, jedoch mit der Einschränkung, daß nur diejenigen unter die Rubrik fallenden Delikte von der Amnestie ausgenommen sind, die aus Eigennutz begangen worden sind.
4. Die dritte Gruppe der nicht amnestierten strafbaren Handlungen sind Verbrechen wider das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen.
5. Die vierte Gruppe der nicht amnestierten strafbaren Handlungen sind die Verbrechen des schweren Raubs.
6. Als fünfte und letzte Gruppe der von der Amnestie ausgenommenen Delikte ist der Hochverrat genannt, wenn er darauf gerichtet war, die Reichshoheit oder die Erfüllung ihrer Pflichten untunlich zu machen, das Deutsche Reich und seine Länder gegen Angriffe auf ihren äußeren und inneren Bestand zu schützen.

II. Welche Delikte fallen unter die Amnestie?

Alle übrigen, nicht unter I aufgezählten strafbaren Handlungen können unter die Amnestie fallen, wenn sie entweder aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe oder infolge wirtschaftlicher Not des Täters oder seiner Angehörigen begangen worden sind. Es ist demnach bei der Prüfung der Frage, ob eine strafbare Handlung unter die Amnestie fällt, nach Ausschluß der strafbaren Taten, die oben in Ziffer I aufgezählt sind, zu prüfen, welches Motiv die Ursache der strafbaren Handlung gewesen ist. War weder ein politischer Beweggrund, noch ein wirtschaftspolitischer Kampf, noch wirtschaftliche Not die Ursache der strafbaren Handlung, dann ist eine Amnestierung nicht möglich, gleichgültig, mit welcher Strafe die Tat bedroht oder zu welcher Strafe der Täter bereits verurteilt ist.

a) Straffreiheit bei politischen Straftaten

Ist eine Straftat aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe begangen, so äußert das Amnestiegesetz folgende Wirkung:

1. Rechtskräftig ausgesprochene Strafen

Sie werden bei politischen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe begangenen Delikten erlassen, wenn sie in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren allein oder nebeneinander bestehen. Freiheitsstrafen über fünf Jahre werden zunächst um fünf Jahre gemindert. Die dann noch verbleibende Reststrafe wird auf die Hälfte herabgesetzt. An die Stelle von Zuchthausstrafe tritt Gefängnis. Der Straferlass erstreckt sich auch auf die Nebenstrafen und Sicherungsmaßnahmen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind; er erstreckt sich schließlich auch auf die rückständigen Kosten.

Mit der Zuchthausstrafe sind gesetzliche Folgen verbunden, die eines Ausspruchs im Urteil nicht bedürfen. Diese Folgen sind dauernde Unfähigkeit zum Dienst im Heer und in der Marine und dauernde Unfähigkeit zur Behebung öffentlicher Ämter. Diese gesetzlichen Folgen einer Zuchthausstrafe fallen im Falle der Amnestierung von dem Tage an weg, an dem das Amnestiegesetz in Kraft tritt. Hierher gehört aber nicht die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, die ja keine gesetzliche Folge einer Verurteilung zu Zuchthausstrafe ist, sondern eines besonderen gerichtlichen Spruchs bedarf.

2. Verfahren, die politische Delikte oder solche, die aus wirtschaftspolitischen Kämpfen entstanden sind, betreffen und die noch nicht zu einer rechtskräftigen Verurteilung des Täters geführt haben, werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 1. Dezember 1932 begangen und keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren allein oder nebeneinander zu erwarten ist. Dazwischen fallen auch alle Verfahren, die zwar schon zu einer Verurteilung geführt haben, die aber infolge der Einlegung von Rechtsmitteln zur Zeit in den Instanzen liegen. Neue Verfahren werden unter den gleichen Voraussetzungen nicht eingeleitet. Ist jedoch eine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren zu erwarten, dann muß das Verfahren eingeleitet oder wenn es schon eingeleitet ist, durchgeführt werden. In diesem Fall darf aber keine härtere Strafe ausgeschrieben werden als die Strafe, die nach Anwendung des Amnestiegesetzes auf bereits abgeurteilte Straftaten übrig bleibt. Wenn also ein Gericht auf 10 Jahre Zuchthaus erkennen wollte, muß es zunächst fünf Jahre ablegen und den verbleibenden Rest halbmieren, so daß in einem solchen Fall eine Strafe von 2½ Jahren ausgesprochen werden müßte, die in Gefängnis umzuwandeln ist.

b) Straftaten aus wirtschaftlicher Not

Bei Straftaten, die aus wirtschaftlicher Not begangen worden sind, geht das Gesetz nicht so weit in dem Umfange der Amnestie, wie bei den Straftaten aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe. Erste Vorbedingung der Anwendung des Amnestiegesetzes auf Straftaten aus wirtschaftlicher Not ist, daß der Täter entweder überhaupt nicht vorbestraft ist oder nur mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von insgesamt höchstens drei Monaten. Dabei bleiben Vorstrafen, die im Strafregister gelistet sind, außer Betracht. Die zweite Voraussetzung einer Amnestierung von Delikten aus wirtschaftlicher Not ist, daß keine höhere Strafe als Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von höchstens sechs Monaten ausgesprochen oder zu erwarten ist. Auch hier erstreckt sich die Amnestie auch auf Nebenstrafen und noch nicht bezahlte Kosten. Ist die Strafe schon rechtskräftig ausgesprochen, so wird sie erlassen. Ist das Verfahren noch nicht zum Abschluß gekommen, dann ist es einzustellen, wenn die vorstehend genannten Voraussetzungen gegeben sind, ob das Gericht für die Straftat mehr oder weniger wie

sechs Monate ausgesprochen wird. Hier wird es viele Fälle geben, in denen der Täter erst durch eine gerichtliche Entscheidung Klarheit bekommt, ob er amnestiert wird oder nicht.

Um diese Zweifel zu klären, hat jeder der Beteiligten in einem Verfahren, das noch nicht zur rechtskräftigen Verurteilung geführt hat, das Recht, beim Gericht den Antrag auf Einstellung des Verfahrens zu stellen. Gegen die Entscheidung haben der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft das Recht der sofortigen Beschwerde. Durch die Amnestie werden auch Privatklagen berichtigt, also vor allem der große Kreis von Privatklagen, die Beleidigungen aus politischen Beweggründen zum Gegenstand haben. Hier bestimmt das Amnestiegesetz, daß die Gerichtskosten im Falle der Anwendung des Amnestiegesetzes niedergezahlt werden. Da aber eine Einstellung des Verfahrens durch die Amnestie insofern eine Härte für den Privatkläger bedeuten kann, als dieser mit seiner Privatklage durchaus im Recht für die Verfolgung der Sache schon Kosten, vor allem Anwaltskosten, aufgewandt hat. Hier bestimmt das Gesetz, daß das Gericht diese Kosten angemessen verteilen oder einem Beteiligten ganz auferlegen kann.

Der Umtausch beginnt



„Unsere Gesinnung gefällt Ihnen nicht? – Geben Sie sofort auf unser Umtauschlager. Sie finden das sicher eine passendere.“

Tagesschau

Bombay, 28. Dez. Im größten Teile von Gujarat ist der Belagerungszustand proklamiert worden. Die Bevölkerung darf zwischen dem Sonnenaufgang und dem Sonnenuntergang nicht auf die Straße.

Buenos Aires, 28. Dez. Nach einer Neutermeldung bestätigt es sich, daß die Paraguaner nach sechs Wochen eräumerter Kämpfe die Forts Saavedra, Samacaya und Murguía räumen mußten. Die Bolivianer haben sich also des ganzen südlichen des Pácomayo an der Gran Chaco-Front bemächtigt.

Bretoria, 28. Dez. Eine Proklamation des Generalgouverneurs bestätigt, daß die sibirischen Panfoten an den öffentlichen Kaszen nicht mehr in Gold eingewechselt werden.

Paris, 28. Dez. Der ausländische Ausschuh des französischen Senats gab heute nach eingehenden Beratungen seine Zustimmung zu der Regierungsvorlage über die Bewahrung der neuen österreichischen Anleihe, jedoch unter gewissen politischen und diplomatischen Vorbehalten.

Waska, 28. Dez. Der britische Kreuzer „Hawkins“ verließ heute Waska, um sich nach Madagaskar zu begeben, dem Hafen am unteren Scharbel-Nab, der der Mündung dieses Flusses in dem Persischen Golf am nächsten liegt.

D3. Frankfurt a. M., 28. Dez. Im Verwaltungsbau der J.G. Farbenindustrie in Frankfurt a. M. wird ab 1. Januar nur noch an 5 Tagen der Woche gearbeitet, während Samstags die Büros geschlossen bleiben. An den anderen fünf Tagen sind die Büros von 8.30 Uhr vormittags bis um 17 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet. Eine Gehaltskürzung ist mit dieser Arbeitszeitkürzung nicht verbunden.

Kommunistenverhaftung in Hamburg

Hamburg, 28. Dez. (Eig. Draht.) In Hamburg wurden in der Nacht zum Mittwoch mehrere Kommunisten verhaftet. Die Hamburger Polizeibehörde teilt darüber mit:

„Ordnungspolizeibeamte beobachteten am Dienstag abend in St. Pauli, wo von einem Geschäftsauto von mehreren Männern eine schwere Kiste abgedeckt und in einen Hausflur geschafft wurde. Die Transportiereure erklärten auf Verlangen, in der Kiste befänden sich Eier. Die Polizeibeamten gaben sich mit dieser Auskunft nicht zufrieden und stellten fest, daß die Kiste

mehrere Gewehre Modell 98, Karabiner, Modell 98, Pistolen, eine Handgranate, einen Granatzünder, eine Angelfischhandgranate, acht geschlossene Zeitengewehre und diverse Pistolenmunition enthielt. Die vier angehaltenen Männer wurden festgenommen.

Einer war im Besitz einer geladenen Pistole. Später wurden bei der Durchsuchung eines in der Nähe des Wladeterschen bündlichen Kellers in einem Spanforb zwei Armeeschilden, Munition, sowie kommunistische Broschüren und Sammelbogen des „Roten Schiffsbauers“, ein Morde-Athabek, sowie Flugblätter gefunden und beschlagnahmt. Die festgenommenen Personen erklärten, der kommunistischen Partei anzugehören und mit ihr zu sympathisieren. Im Laufe der Nacht wurden noch mehrere Personen festgenommen. Der Stand der kriminalpolizeilichen Untersuchung verbietet vorerst weitere Mitteilungen.“

Französische Menschenrechtsliga gegen Versailles

Paris, 27. Dez. (Eig. Draht.) Die französische Liga für Menschenrechte, die zur Zeit in Paris ihren 31. Kongress abhält, befaßte sich am Dienstag nachmittag mit der Lage der Revision der Friedensverträge und des Völkerbundsvertrages. Das erste Referat hielt der Vorsitzende der Liga, Professor Brasch, der unter anderem ausführte, daß der Versailles-Vertrag auf Grund der in ihm enthaltenen Bestimmungen sehr wohl revidiert oder berichtigt werden könnte. Entweder hätte der Völkerbund Deutschland nicht aufnehmen dürfen, oder, nachdem er das getan habe, müßte er alle Bestimmungen des Versailles-Vertrages, die Deutschland nicht die Gleichberechtigung wie den anderen Mächten zuerkennt, abändern. Das sei nach seiner Ansicht der stärkste Grund, der für eine Revision oder für eine Berichtigung des Vertrags spreche.

Es handelte sich nicht darum, den Versailles-Vertrag zu verteidigen, sondern darum, alles aus ihm zu entfernen, was der Gleichberechtigung aller Völkerbundsmitglieder zuwider sei. Das sei die notwendige Grundlage für die Existenz des Völkerbundes.

Die größte Ungerechtigkeit des Vertrags sei Artikel 231. Ebenso müßten die Bestimmungen über die Abrüstung Deutschlands und die territorialen Klauseln des Vertrags, vor allem die, die sich auf die

Schaffung des polnischen Korridors beziehen, abgeändert werden. Schließlich sei es, der Redner, auch der Meinung, daß Deutschland seine früheren Kolonien als Mandatsgebiete zurückerhalten müßte.

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Sozialist Grumbach, der vor allem die unmögliche Grenzziehung in Mitteleuropa kritisierte und der Vizepräsident der Radikalen Partei, Kowler, der sich besonders gegen den polnischen Korridor und das Nebeneinanderbestehen des Völkerbundsvertrages und der zahlreichen Sonderverträge zwischen den einzelnen Staaten wandte.

Paris, 28. Dez. (Eig. Draht.) Der Kongress der französischen Liga für Menschenrechte wurde am Mittwoch mit der Annahme einer langen Entschließung beendet, die sich auf die

Abrüstung der Friedensverträge und des Völkerbundsvertrages für die moralische, wirtschaftliche und materielle Abrüstung, die die einzige Sicherheit für die Herstellung des endgültigen Friedens ist, für die

Rückgabe der früheren deutschen Kolonien in Form von Mandatsgebieten, für das Selbstbestimmungsrecht Osterrichts und für die Regelung des deutsch-polnischen Konflikts über den Korridor ausspricht. Ueber diesen letzten Punkt heißt es in der Entschließung:

„Eine vollkommene Lösung ist nicht möglich, solange das Dilemma von der absoluten Souveränität der Staaten besteht. Nur die „Entwertung“ der Grenzen im Rahmen einer europäischen Föderation

könnte den Streitfall regeln oder genauer gesagt, wertlos machen. Im gegenwärtigen Zustand Europas kann man die Konflikte nur durch Hebelmittel abwenden, nämlich durch lokale Grenzberichtigungen, durch Abschaffung aller Erschwerungen für den Personen- und Güterverkehr, durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen, durch eine Internationalisierung der Wasserstraßen und Schienenwege und durch gegenseitige Neutralisation der Grenzsonnen.“

Brand in einem Frankfurter Eisenbahnausbesserungswerk

Frankfurt a. M., 28. Dez. In einer Halle des Eisenbahnausbesserungswerks brach nachts gegen 21 Uhr Feuer aus. Ein Personenzug brannte vollkommen aus, ein zweiter wurde beschädigt. Die Flammen errissen dann auch das Dach der Halle; die Einbedung und ein Teil der Eisonstruktur der Halle wurden beschädigt.

Freistaat Baden

Belegung des Innenministeriums

In badischen bürgerlichen Zeitungen ist ein Rätselraten darüber im Gange, wer beim Wiederzusammentritt des badischen Landtags im Januar, badischer Innenminister werden soll. Neben dem früheren badischen Geandten in Berlin, Rechtsanwalt Dr. Honold, wird auch der Freiburger Landeskommissar Dr. Schwörer genannt. Während Herr Dr. Honold ein zuverlässig waldbechter Zentrumsmann ist, unterhält Herr Dr. Schwörer sowohl sein Zentrum für die Deutschen Volkspartei gute Beziehungen. Neben diesen beiden Namen werden auch noch andere genannt und stets betont, daß in erster Linie ein „Fachmann“ an die Spitze des Innenministeriums treten soll. Was heißt nun schon „Fachmann“? Man hat in parlamentarischer Vesselsheit die Deffenlichkeit daran gewöhnt, unter einem „Fachmann“ für solche in hohem Maße politische Posten stets nur einen Berufsbeamten, vornehmlich aber einen Juristen zu verstehen. Natürlich gibt es auch Juristen und Berufsbeamte, die mit politischer Beagabung versehen auch politische Posten erfolgreich auszufüllen vermögen, aber so schlecht ist die erfolgreiche Führung eines Ministeriums weder mit der Juristerei noch mit dem Berufsbeamtentum irgendwie verbunden. Im übrigen warten wir das Ergebnis der offenbar sehr eifrig geführten Verhandlungen zwischen den jetzigen Koalitionsparieren in Baden über die Belegung des Innenministeriums in aller Ruhe ab.

Der Beamtenhub der „neuen Ära“

Die preußischen Regierungsmethoden scheinen bei den Herren, die gegenwärtig in Baden regieren, gewisse Sympathien zu genießen. Einer vom „Badischen Beobachter“ dem Landesdienst der TU entnommenen Meldung zufolge, hat der bisherige Hochschuldirektor, Ministerialrat Dr. Thoma, einen kurzen Urlaub angetreten und wird nach seiner Rückkehr das Hochschuldirektorat nicht wieder übernehmen, sondern wird einer anderen Abteilung zugewiesen werden. Als der Nachfolger wird Ministerialrat Dr. Huber genannt, der bisherige Inhaber des Referats für das Volksschulwesen.

Man scheint sonach bei der jetzigen badischen Regierung große Eile zu haben, die Ministerien „homogen“ zu formen. Werden sich die Beamten freuen, die auf die „richtige Karte“ gestellt haben. Die Nazi-Beamten haben allerdings als betrübte Lohgerber da. Was jedoch die Sozialdemokratie betrifft, so wird sie mit aller Kraft auf das Markttrien hinweisen, das mit der „neuen Ära“ einsetzt. Die Hochschuldirektor werden sich jedoch freuen, wenn die Freiheit der Wissenschaft nunmehr von einem Zentrumsmann geschützt wird.

Personelles. Die Assistenzärztin Frau Dr. Johanna Signori-Sohnauer bei der Heil- und Pfllegeanstalt Illenau wurde unter Ernennung zum Medizinrat als Assistenzärztin planmäßig angestellt. — Staatsanwalt Dr. Friedrich Ihle in Karlsruhe wurde zum Amtsgerichtsrat in Oberkirch, Gerichtsassessor Erich Dittus in Pforzheim zum Staatsanwalt beim Landgericht Karlsruhe ernannt, während Amtsgerichtsrat Wilhelm Lemmer in Oberkirch nach Heidelberg verlegt wurde.

Konjunkturforschung und Wirtschaftslage

Nur gesteigerte Kaufkraft kann Besserung bringen

Das Konjunkturforschungsinstitut macht den Versuch, die Wirtschaftslage in Deutschland für Ende 1932 zu umreißen, und stellt fest, daß für die künftige Konjunkturalentwicklung ein vermehrter Verbrauch und ein gesteigertes Lohn von besonderer Bedeutung sein werden. Alles hängt davon ab, dass Einkommen der breiten Schichten so zu steigen, daß ein Verbrauch sichergestellt wird, der nur allein die Wirtschaft antreiben kann.

Nach dem Konjunkturforschungsinstitut ist der Konjunkturabschwung beendet und jene Talsohle erreicht, nach deren Durchquerung der Konjunkturaufschwung beginnen kann. Es erhebt sich die Frage, „wie lange die Wirtschaft in diesem Ubergangsstadium verharren wird, wie lange die Deregulation dauert“.

Die Gesamtschäftigung der Industrie sei in den letzten Monaten leicht angestiegen. „Besonders begünstigt waren dabei die Verbrauchsgüterindustrie“. Der Produktionsanstieg der Verbrauchsgüterindustrie aber war von einem weiter rückgängigen Konsum der Verbraucher begleitet. Die Mehrezeugung diente dazu, die Produktion wieder bis an den laufenden Bedarf heranzuführen, nachdem sie im Bestreben nach Lagerabbau und größtmöglicher Liquidierung empfindlich darunter geiekt worden war; teilweise dürfte der Handel in Erwartung steigender Preise auch auf Vorrat disponiert haben. Derartige Antriebe reichen im allgemeinen nicht aus, einen fortwährenden Aufschwung zu erzeugen. Sie erschöpfen sich in dem Augenblick, in dem das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum wieder gefunden ist und das Bestreben zur Lagerauffüllung wegfällt. Soll die Produktion weiter zunehmen, so wäre eine Erhöhung auch des Verbrauchs — sei es an Konsumgütern, sei es an Investitionsgütern — erforderlich. Nun ist eine Zunahme des Konsumgüterverbrauchs nicht anders möglich als durch erhöhtes Einkommen, das wiederum eine erhöhte Gesamtschäftigung voraussetzt. Die Möglichkeit eines nachhaltigen Produktionsanstiegs bleibt deshalb abhängig vom Verbrauch an Investitionsgütern, also von der Entwicklung der Investitionstätigkeit. Ihre regulierenden Kräfte sind, soweit sie aus dem freien Marktmechanismus erwachsen, in den Rentabilitätschancen zu sehen; soweit sie der öffentlichen Initiative entspringen, hängen sie von dem Einfluß der für Arbeitsbeschäftigung bereitgestellten Mittel ab. Ausschichten auf eine wesentliche Erhöhung der privaten Investitionen sind zur Zeit nicht gegeben. Die Zukunft der Investitionstätigkeit und damit die Zukunft von Arbeitsmarkt und Verbrauch hängt zunächst von den öffentlichen Investitionen ab. Da diese durch Rücksichten mannigfacher Art in enge Grenzen gebannt sind, wird auch von hier aus, soweit im Augenblick zu übersehen ist, kaum ein schneller Anstieg der Gesamtproduktion und ein dementsprechend rascher Rückgang der Arbeitslosigkeit erzwungen werden können. So wird das Wirtschaftsbild vorerst depressiven Charakter tragen, d. h. durch ein zwar nicht mehr sinkendes (vielleicht sogar konjunkturell leicht steigendes), aber doch tiefes Produktionsniveau bei zunehmender Entlastung der Kreditmärkte gekennzeichnet sein.“

Deutsch-französisches Wirtschaftsabkommen

Das am 21. Dezember in Berlin paraphierte Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsabkommen ist unterzeichnet worden.

Das neue Abkommen bietet die Möglichkeit, daß beiderseits die gegenwärtig im olidierten Zolltarif mit 15jähriger Frist abgeändert werden können; die Meistbegünstigungsklausel wird nicht mehr allgemein zur Anwendung kommen, sondern nur auf eine Liste von Waren, die allerdings alle Exportmöglichkeiten umfaßt. Das Abkommen enthält dann eine Bestimmung, wonach die Meistbegünstigungsklausel sich nicht erstreckt auf: Vergünstigungen, die die beiden Länder im letzten Handelsabkommen genossen; Vergünstigungen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung; Vergünstigungen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung; auf Währungsbeschützmaßnahmen; auf Sonderabmachungen gemäß den Empfehlungen der Konferenz von Lausanne; auf Vergünstigungen zu künftige mehrseitige Abkommen, die dem Völkerverbund angehängt werden und denen alle Staaten beitreten können.

Kollektivität ist vorbehalten für Verpackungswaren, ferner von Werkzeugen, die zur Ausbesserung von Maschinen dienen, die sich im anderen Lande befinden.

Die Handelszolltarifabkommen tritt am 10. Tage nach Austausch der Ratifizierungsurkunden, der in Paris erfolgen wird, in Kraft.

Schließlich ist noch ein Fremdenverkehrsabkommen vorgezogen, dessen Unterzeichnung demnächst erfolgen soll; dieses Abkommen sieht vor, daß die Summe, die nach Grenzsteuern einreisende Deutsche in Zukunft mit ins französische Ausland nehmen dürfen, von 200 auf 700 RM. pro Monat und Person erhöht wird.

Hausbesitz und Instandsetzungsarbeiten

Die Reichsaufsicht für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden betragen ein Fünftel der Kosten für die Teltung von Wohnungen die Hälfte. Um dem einzelnen Hausbesitzer die Aufbringung des eigenen Anteils an den Kosten zu erleichtern, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen getroffen.

Die Deutsche Bau- und Bodenkant, Berlin, hat sich bereit erklärt, Kret auf der Grundlage der dem Hausbesitzer zustehenden Steuerzuschüsse für die Grundsteuer zu geben, soweit die Steuerzuschüsse am 1. April 1934 und am 1. April 1935 fällig werden. Der besondere Vorteil für den Hausbesitzer liegt darin, daß auch der Anspruch auf zukünftige Steuerzuschüsse als Grundlage für eine Kreditgewährung anerkannt wird; die Abtretung des Anspruchs auf solche Steuerzuschüsse soll als Sicherheit genügen. Der Kredit wird dem Hausbesitzer unmittelbar durch geeignete öffentliche Kreditinstitute gegeben werden, die insoweit mit der Bau- und Bodenkant zusammenarbeiten. Daneben ist die bereits vor einigen Monaten eingeleitete Kreditbeschaffung auf der Grundlage von Instandsetzungsstellen dadurch weiter gefördert, daß der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen Entträge von größeren Kreditinstituten auf Übernahme der Reichsbürgschaft entworfen hat.

Deutschland und die Küstungsgefahren

Reichsaussenminister von Neurath veröffentlicht im Januarheft von Welt und Nation Monatsheften einen Aufsatz über Deutschlands Kampf um die Gleichberechtigung in der Welt. Nach einem eingehenden Ueberblick schließt der Minister seine Ausführungen mit folgenden Worten:

„Zwischen ist verschiedentlich der Versuch gemacht worden, unsere Absichten in der Weltöffentlichkeit zu mißdeuten und uns des Willens zur Aufklärung zu beschuldigen. Diese Bemühungen sind offenbar von dem Bestreben diktiert, die Aufmerksamkeit von dem wahren Sachverhalt abzulenken. Nicht um Deutsche Anstiftung

Giftgaskrieg der Nazis

Das ist wahres Untermenschentum

Am Goldenen Sonntag, dem Auftakt zum Friedensfest der Christenheit, hat die Hitlerpartei zu gleicher Zeit in Deutschland und in Oesterreich mit einer neuen Taktik ihres Bürgerkrieges begonnen. Ueberzeugt, daß es mit geistigen Waffen für sie nichts mehr zu erobern gibt, gingen Hitlers Beauftragte mit der verwerflichsten der modernen Kriegswaffen, dem Giftgas, gegen das eigene Volk vor. In Wien, in Mainz, Gießen und Krefeld wurden die ärmsten Schichten des Volkes, die von ihren krieglichen Mitteln in einem Warenhaus eine kleine Weihnachtssoaße einkaufen oder den Kindern die aufgeschlachten Freuden eines Warenhauses vorführen wollten, von Braumbenden — allerdings nicht in Uniform, um nicht für ihre „Tat“ einstehen zu müssen — mit Tränengas attackiert. Hunderte von Frauen mit ihren Kindern wurden der Gefahr ausgesetzt, in einer Panik die Vorfreude für Weihnachten mit dem Tode büßen zu müssen.

Diese Durchführung wurde, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, gemeinsam von der Gauleitung, dem sogenannten Amt für die Behandlung des Judentums (A. I. B. J.) dem Gewerbeamt und der Propagandaleitung im Hitler-Haus vorbereitet, die Durchführung oblag der SS., SA., und Betriebszellenorganisation. Die Flugblätter, Streu- und Klebsetzel mußten bis Samstag mittag in riesiger Menge im Hitler-Haus bereit sein, ferner Flaschen mit Narkosen und Glasröhren, die Tränengas und Stickbomben enthielten.

Diese chemischen Präparate hatte der Technische Sturm (14/24) zu liefern, dem auch die Studenten der Chemischen Fakultät angehören und der im Hitler-Haus im Zimmer Nr. 35 untergebracht ist.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schildert bis in alle Einzelheiten die Vorbereitungen durch die Standarden- und Sturmbannführer, die im einzelnen genannt werden.

In Wien, aber auch im Reich arbeiten die Braumbenden seit einiger Zeit systematisch an der Ausbildung der hitlerischen Soldateska für Gasangriffe. Die Vorbereitungen und die Ausbildung des Gasangriffs liegen in Oesterreich in den Händen des Grafen Du Moulin-Edart, den Hitler noch einiger Zeit von München nach Wien geschickt hat, bald nach seinem Entreffen in Wien wurde mit der systematischen Vorbereitung des Gaskrieges begonnen. Zwischen Berlin und Wien herrscht seitdem enge Zusammenarbeit im braunen Lager.

Trifft es etwa nicht zu, daß der Leiter des Wiener „Gasclubs“, Kurtis I., ein Herr Ingenieur Keller, von den DSA. Auer-Werken, in Berlin war, ein eingekleidetes Mitglied der NSDAP?

Trifft es nicht zu, daß ein Herr Dunner aus Wien, ebenfalls Mitglied der NSDAP, kostenlos von Wien nach Berlin geschickt wurde zu einer Ausbildung in Gas und daß er in Berlin-Dranienburg bei den Auer-Werken ausgebildet wurde?

Ist bei diesen Ausbildungsläufen in Wien nicht auch ein Ingenieur Dents von den Draeger-Werken beteiligt? Arbeitet der genannte Dunner jetzt nicht gleichzeitig als Vertreter der Firma Auer in Wien? Wurde der Ausbildungskurs für Gas nicht in der Gastführerschule am Rennweg abgehalten, wo auch bereits Gasübungen durchgeführt wurden? Wurden nicht Uebungen im Freien bei Klosterneuburg abgehalten?

Aus aller Welt

Grippe-Epidemie in Birmingham

London, 28. Dez. In Birmingham sind bis jetzt fast 600 Straßenbahn- und Omnibusangestellte, 100 Polizisten und über 300 Postangestellte an Grippe erkrankt. Zahlreiche Fälle von Lungenentzündung als Folgeerscheinung der Grippe sind zu verzeichnen, letzte Woche allein 150 und diese Woche bereits 100. Die Zahl der Todesfälle betrug letzte Woche 30.

Protest der „Faschisten“

Der bisherige Leiter des Mannheimer Nationaltheaters, Intendant Maich, soll möglicherweise zum Intendanten der Berliner Staatsoper ernannt werden. „Der Kulturausschuß des Stahlhelm“ hat gegen die Kandidatur Maich „scharfen Einspruch“ erhoben. Damit stellt sich der Stahlhelm in eine Linie mit den Nationalsozialisten, die Maich ebenfalls während bekämpft haben, weil er kein Mannheimer Ensemble zu Bühnenvolksbund-Aufführungen zurückschloß, nicht aber, wie es die Nazis verlangten, unter Ausschaltung jüdischer Künstler vertrieben wollte. Die Nazis rächten sich heftigst für diese „Parteilichkeit“ Maichs, indem sie feststellten, daß bei einer Mannheimer Wilhelm Tell-Aufführung der Maich-Schwarz durch den Freiheitskreis der Sozialdemokraten befrachtet wurde.

Kostbarer Radioapparat

In Hamburg wurde bei einem Soteleinbruch ein Radioapparat entwendet; der Besitzer, ein Artist, hatte in dem Apparat keine Erlöse in Höhe von 70 anal. Pfund verkehrt.



Hollywooder Nachwuchs

Eine reizende Gruppe junger Hollywooder Filmkünstlerinnen, die Unwärtigkeit haben, sich im neuen Jahre in die vorberste Reihe zu stellen. Wie man sieht, hat das kalifornische Filmparadies nach wie vor an Schönheiten keinen Mangel.

Scharfe Augen

In Berlin-Triedenau wurde durch die Aufmerksamkeit einer Straßenspatzin ein ungetreuer Postkäufer entlarvt. Die Frau hatte auf der Straße beobachtet, wie der Postbote einen Briefumschlag zerriß und die Kartenscheine fortwarf. Die Spatzin folgte die Kartenscheine wieder zusammen, entwarferte die Adressen und erstattete auf dem Postamt Anzeige. Man kam so auf die Spur des 35jährigen Postkafers Hermann; er gestand wiederholt auf seinen Bestellscheinen Briefe, in denen er Geldscheine vermutete, unterwegs öffnet und beraubt zu haben.

Die Zeit im Film

Eine amerikanische Filmfirma stellt einen Film „Der Streichholzstift“ an; das Stück schildert Leben und Tod Svær Kreuzers.

Gefährliche Pflanze

Bei der Uraufführung des Salmannischen Stückes „Steuerakt 1732“ in der Wiener Reinhardttheater, dem Theater in der Zofenstadt, wurden mehrere Personen, die durch Pfeifen und Klängen ihrem Mißfallen Ausdruck gegeben hatten, polizeilich aus dem Theater entfernt. Eine ähnliche Szene hat sich auch vor Kurzem bei einer Berliner Reinhardttheateraufführung der Erkaufbüchse eines Lustspiel von Molnar im „Deutschen Theater“ ereignet.

Sai in der Elbe

In der Nähe von Wittenberge hingen Elbflößer einen 1 Meter langen Katenbat; der Fisch soll präpariert und im Wittenberger Heimatmuseum ausgestellt werden.

Amerika bekämpft das Lynchwesen

Die amerikanischen Organisationen zur Bekämpfung des Lynchwesens verurteilen mit Genugtuung auf die Tatsache, daß im Gerichtsbezirk 1932 „nur“ sechs Lynchmorde in USA zu verzeichnen waren. Davon entfielen vier auf den Süden des Landes. Die Ziffer stellt einen Niedrigstwert für mehr als ein halbes Jahrhundert dar, in welchem rund 4780 Menschenleben dem Lynchmord zum Opfer fielen. Allein die Durchschnittsziffer der Lynchmorde in den letzten 40 Jahren war 100. Die Hoffnung auf ein lynchloses Amerika scheint nicht unangebracht.

Ein adliger Hochstapler

Der Berliner Oberstleutnant a. D. Thilo-Carl von Stechow wurde unter der Beschuldigung vielfachen Kreditbetrugs und wiederholter Betrugsdelikte verhaftet.

Der jetzt 54 Jahre alte Herr von Stechow war vor dem Kriege Adjutant der Großherzogin von Meiningen, eine Zeit lang gehörte er zum Gefolge der früheren Kaiserin. Durch Erbschaft war er in den Besitz des brandenburgischen Rittergutes Kogen, Stechow und Münsingen gekommen, hatte aber trotz seines großen Reichtums nicht zu misstrauen verstanden; zum Teil wurden ihm die Güter auf Verantwortung seiner Verwandten entsagen, zum Teil errieten sie unter Zwangsverwaltung und später in Schuldbüch.

Das Fehlen eben materiellen Reichtums hinderte Herrn von Stechow nicht an der Fortsetzung seiner üppigen Lebensführung, an die er von Kindheit an gewöhnt war. Im Sommer veranlagte er ein ganzes Apartment eines ersten Swinminder Hotels, perschwand aber bei Nacht und Nebel, als die Schuldbüch 1500 M erreicht hatte. Dasselbe Manöver vollführte der schneidige Oberstleutnant in anderen Offizieren und in mehreren Berliner Pensionen — immer wieder vertröstete er seine Gläubiger mit Gelbern, „die jeden Augenblick eintreffen müssen“. Unter derelben Vorspiegelung ließ er sich auch eine äußerst feudale Wohnung in Berliner Tiergartenverietl einrichten; Teppichfirmen, Möbelkettanten und Handwerker, die auf den Klang des Namens hin aufgäubig Kredit gewährten, sind auf die Weise von Herrn von Stechow um Beträge bis zu 8000 M geprellt worden. Herr Oberstleutnant a. D. von Stechow wurde in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert.

Genossenschaftliches

Aus den Revisionsverbänden

Der Umfah der Konsumgenossenschaften in einzelnen Revisionsverbandsbezirken stellte sich im November wie folgt: Verband bayerischer Konsumvereine in 72 Genossenschaften 4231 792 M. Verband mitteldeutscher Konsumvereine in 41 größeren Genossenschaften 3 118 253 M. Verband ostdeutscher Konsumvereine in 39 größeren Genossenschaften 8 481 659 M. Verband süddeutscher Konsumvereine in 40 Genossenschaften 5 074 390 M. Verband Thüringer Konsumvereine in 41 größeren Genossenschaften 3 644 129 M.

Volkswirtschaftliches

Der Krupp-Abschluß

Die mangelnde Kaufkraft macht sich bemerkbar

Einen recht bemerkenswerten Abschluß legt die Friedrich Krupp A.G. in Essen vor. Das Berichtsjahr wird als „Jahr beispiellosen geschäftlichen Tiefstandes“ bezeichnet. Die Produktion sank auf die Hälfte bzw. den dritten Teil des Geschäftsjahres 1929/30 und des letzten Friedensjahres. Das Unternehmen schließt mit einem erheblichen Verlust ab. Jedoch kann dieser Verlust aus den Rezerwen gedeckt werden. Außerdem war die Krupp A.G. in der Lage, die Bankschulden ganz erheblich zu verringern.

Die Kohlenförderung betrug 4,74 Millionen Tonnen gegen 7,79 Millionen im Jahre 1929/30 und 7,6 Millionen im Jahre 1931/32. Die Produktion an Rohellen belief sich auf 472.800 Tonnen gegen 1,31 bzw. 1,28 Millionen Tonnen. Die Belegschaft sank von 44.107 auf 35.647. Die Umsatzerlöse des Jahres 1932/33 betrugen 12.750 auf 10.460 zurück.

Der Verlust wird mit 15,23 Millionen Mark angegeben. Er steigt sich durch den Verlustforttrag vom vorigen Jahr auf 19,65 Millionen Mark. Der gesamte Verlust wird mit aus den Rezerwen gedeckt. Die Bankschulden verringerten sich von 13,57 Millionen Mark auf 8,86 Millionen Mark. Der Wechselbestand ist auf 32,45 Millionen gestiegen. Im vorigen Jahr machten Wechselbestand und Kasse zusammen 19,08 Millionen Mark aus. Die Bankschulden wurden von 43,16 Millionen Mark auf 34,13 Millionen Mark gedrückt. Für Steuern, soziale Abgaben und Rohfabrikationsausgaben wurden 24,18 Millionen Mark ausgeworfen gegenüber 28,67 Millionen Mark im Vorjahr. Vorräte werden mit 37,96 Millionen Mark (im Vorjahr 45,07 Millionen Mark) bemerkt. Ohne Zweifel steht in den Lagern eine stattliche Fülle Reserve.

Wenn man bedenkt, daß die Krupp A.G. während der Konjunkturlahre ganz bedeutende Rezerwen hat bilden können, versteht man nicht, wenn im Geschäftsbericht die Förderung nach einer Steuerpolitik aufgestellt wird, die die Bildung von Rezerwen erleichtert. Im übrigen ist man bei Krupp der Auffassung, daß die höchste Verteilung nichts machen kann, wenn die Kaufkraft nicht genau Kohlen, Eisen und Maschinen kauft. Das ist eine durchaus richtige Auffassung. Sie mag aber darin ergänzt werden, daß die Kaufkraft nicht genau kaufen kann, wenn ein falsch orientiertes Unternehmertum die Löhne brutal runterstößt und drückt.

Partei-Nachrichten

Unser Wirtschaftsbelebungsprogramm

Soeben erschien die Nr. 52 des Diskussionsorgans der Partei „Das Freie Wort“, das letzte Heft des Jahres 1932.

Der Leitartikel des Genossen E. Hellmann behandelt den neuesten Konflikt zwischen Hitler und Gregor Strasser. Das Heft bringt außerdem den Artikel des Genossen Dr. Ritter in Heft 51 wirksam ergänzend, eine ausgezeichnete Darstellung des Genossen Dr. Alfred Braunschweig über den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Wirtschaftsbelebung. Die beiden Beiträge bilden eine Einheit mit den sozialdemokratischen Anträgen auf Umbau der Wirtschaft, die bereits im vorigen Reichstag gestellt waren und jetzt erneut vorgelegt worden sind.

Genosse Gottlieb Neefe legt die bereits in Heft 46 des „Freien Wort“ entwickelten Gedanken „Organisationschwäche — Schwäche des Geistes“ noch einmal eingehend dar und beleuchtet seine Ausführungen mit interessantem Material. Im Feuilleton schreibt Genosse Heinrich Gontior-Silbesheim über Christustreu und Satenkreuz; Genosse O. Kreuzfeldt über die Nacht des Traitoralen. Auszüge, Notizen und Parteinachrichten liefern wertvolles Material für den politischen Kampf. Das Heft enthält außerdem das Inhaltsverzeichnis für das 2. Halbjahr 1932. „Das Freie Wort“ erscheint wöchentlich und kostet 91 Pf. pro Monat. Probehefte werden gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Das Diskussionsorgan der Partei sei unseren Lesern wärmstens empfohlen.

Sozialer Dienst und Arbeitslosenbildung

Durch die große Ausdehnung, die der Freiwillige Arbeitsdienst erlangt hat, ist der sozialistischen Bildungsarbeit ein neues großes Gebiet zugewachsen, das eine sorgfältige Betreuung erfordert. Die vor wenigen Monaten gegründete Reichsarbeitsgemeinschaft „Sozialer Dienst“, in der alle Spitzenorganisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung vertreten sind, hat sich denn auch sehr eingehend mit der sozialpädagogischen Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt und Richtlinien für die geistige Schulungsarbeit und Freizeitgestaltung in den Lagern des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgearbeitet, die im Dezemberheft der „Sozialistischen Bildung“ veröffentlicht werden. Alle Interessenten seien auf diese Veröffentlichung besonders hingewiesen, da sie geeignet ist, die Grundlage für eine umfassende Bildungsarbeit zu schaffen.

Vor aufsehenerregenden Veränderungen in der Leitung der Berliner Schulverwaltung



Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete König



Die bekannte Schulleiterin Hildegard Wegscheider

Der seit längerer Zeit an der Spitze der Berliner Schulverwaltung steht und dessen Fähigkeiten als Schulinspektor allgemein anerkannt werden, soll im Rahmen von neuen „Sparmaßnahmen“ von seinem Posten verabschiedet werden.

In enger Zusammenhang mit dieser Veröffentlichung steht der in dem gleichen Heft der „Sozialistischen Bildung“ veröffentlichte Aufsatz von D. Müller „Jugend ohne Beruf“, der sich mit dem schwierigen Problem der Arbeitslosenbildung auseinandersetzt. Eine ausführliche Kurzschrift von Dr. C. Frankel „Die Staatsfröhen und der Kampf um den Staat“ gibt für die Kurios und Vortragsarbeit auf dem speziellen Gebiet der politischen Schulung wertvolle Anregungen.

Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Wächterwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mark pro Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. S. W. Dies, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Theater - Konzerte - Kunst

Erstaufführung: „Glückliche Reise“
Operette von Max Liebich und Kurt Schwabach
Musik von Edward Künneke

Der Komponist, der schon mehrfach Proben seiner musikalischen Erfindungskraft abgeliefert hat, greift diesmal einen Stoff auf, der sich wenigstens in einzelnen Motiven abhebt der ausgefahrenen Geleise bewegt. Wir werden im ersten der sechs Bilder nach Brasilien verlegt, wo zwei deutsche Weltkriegsleutnants Robert von Hartmann und Stefan Schwarzenberg sich im Urwald eine Heimstätte erbaut haben. Um den Bedürfnissen ihres Herzens wenigstens einigermaßen zu genügen, haben sie auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Zeitungsanzeige mit zwei unbekannten Berliner Damen eine rege Korrespondenz begonnen. Diese führt zu einer persönlichen Begegnung in Berlin, die nach allerhand Zwischenfällen in das happy end einer Doppelverlobung mündet. Dank der schmieglichen Musik Künnekes kommt trotz der bisweilen banalen Schlagertexte ein unterhaltendes Vergehen zustande, dem man gerne zuhört.

Das erste der beiden Paare, von Herrn Kloeble und Fräulein Seiberlich idiomatisch verkörpert, entledigte sich mit feinsten Delikatessen ihrer Gelangens- und Tanznummern, während das zweite Paar, Herr Brand und Fräulein Jani, in wirksamem Kontrast dazu ihren Exultationen mehr einen populären, grotesk-fantastischen Anstrich gaben. Beide Paare erzielten mächtigen Applaus. Das Ensemble wurde durch die Herren Müller, Krüger, Mebner, Ernst und Frau Frauendorfer aufs glücklichste vervollständigt. Das von Frau Doral arrangierte tänzerische Bildete ein gefälliges Begleitwerk zum Ganzen, dessen musikalischen Teil Herr Kapellmeister Schwabach sehr in der Hand hielt. Der Schlußapplaus wollte kein Ende nehmen.

Karlsruher Umgebung

Grünwettersbach

Vom Freiwilligen Arbeitsdienst wird uns geschrieben: Drei- bis vierhundert junge Männer stehen als lebendige Rotgemeinschaft im freiwilligen Arbeitsdienst in Grünwettersbach. Unerschütterlich aus ihrem Berufsleben, aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschaltet liegen sie Tag für Tag mit präziser Pünktlichkeit im Dienste der Gemeinde, im Dienste des Volkes, den Gedanken „Gemeinnut geht vor Eigennut“, in die Tat umsetzend. Uns drückt das Schicksal harte Hand in jungen Jahren unsere Schultern und, um mehr müssen wir schicksalsverbunden zusammenhängen, einer des andern Kamerad sein. Wie jene in eiferiger Zeit dem Vaterland die Treue hielten mit ihrem Leib die heilige Heimaterde schützen, so wollen wir versuchen durch Arbeit wieder zur Freiheit und Brot zu gelangen. Ein vom badeschen Fortschritt ausgearbeitetes großzügiges Projekt ist das vorläufige Betätigungsfeld des freiwilligen Arbeitsdienstes. Es ist dies ein Waldweg, der, an einem feilen Abhang liegend, allen an ihn gestellten Anforderungen, und nicht zuletzt den der Verschönerung unseres Gemeindegeländes, gerecht werden soll. Angefangen von dem am Fuße des Berges liegenden Mondfeld mit dem alten Bachbrunnen umgeben von Tannen ist das ganze ein bis ins kleinste durchdachte Plan des Herrn Förster Trübschler, dem in dieser Hinsicht ein besonders guter Ruf vorausgeht. Unter der Vorgesellschaft des Herrn Kroll im Verein mit dem technischen Leiter, Herrn Trübschler, schreiben die Arbeiter rüstig vorwärts, um geben heute schon ein ungefähres Bild des geplanten Projektes.

Nach getaner Arbeit ist gut ruhen; so eilt denn auch bei dem Aufbruch, alles der Wochmitte zu. Die selbst ist ebenfalls vom freiwilligen Arbeitsdienst erbaute und kann ihren Meister loben. Sie bietet neben den Arbeitsgeräten 35 Personen des genauen Platz. Dar wird mit großem Appetit das Frühstück eingenommen. Nach beschönigender Arbeit geht es mit Gelang dem Dorfe zu. Damit ist jedoch der Dienst keineswegs erschöpft. Nach ein bis einhalbstündiger Mittagspause nimmt er in Form von Sport und Vorträgen seinen Fortgang. Der Sport zur körperlichen Eräftigung erstreckt sich unter der hervorragenden Leitung des Herrn Kroll als erfahrener Sportsmann, auf Gymnastik, Leichtathletik, Schwimmen und Fußballsport. Die Vorträge ebenfalls unter Leitung des Herrn Kroll streifen und umfassen die verschiedensten Gebiete. Nach Möglichkeit wird den Wünschen und Anträgen der Teilnehmer Rechnung getragen. Auch werden zuweilen Singstunden abgehalten, in denen Volks- und Volkslieder gelernt werden. Eine Weihnachtssfeier wurde natürlich nicht fehlen. So wurde am Freitagabend einere Stille feierlich hergerichtet. Unter dem Herzensgehym des Christbaumes feierten wir schlicht Romantik. Es war Weihnacht im Walde mit feiner ganzem Romantik. Die Feier wurde umrahmt von Weihnachtsliedern und Liedern des zwanglosen Liederbuches. Ernte und weitere Anbrachen wechselten in bunter Reihenfolge ab. In bewegten Worten redete er er Vorgesetzte zu uns in dem er die gute Harmonie zwischen Leitung und den freiwilligen Arbeitsdienst-Teilnehmern zum Ausdruck brachte. Die ganze Feier trug den Charakter einer wahren Rotgemeinschaft. Allen Spendern und Mitarbeitern sei an dieser Stelle besonders gedacht.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

- Todesfälle und Beerigungslisten.** 23. Dez.: Rola Kuns, alt 77 Jahre, Witwe von Wendelin Kuns, Hilfsarbeiter (Karlsruher Beierheim). 24. Dez.: Gottfried Wetz, Schreinermeister, Ehemann, alt 74 Jahre. Franz Glaser, Gärtner, ledig, alt 21 Jahre. — 25. Dez.: Anna Wölfler, alt 71 Jahre, Hausfrau, Ehemann, alt 54 Jahre. Maria Gerlauer, alt 40 Jahre, Witwe von Heinrich Gerlauer, Kaufmann. Emilie Truett, alt 34 Jahre, ohne Beruf, ledig. Frein Emma von Markhof, alt 83 Jahre. Witwe von Karl Markhof. Major a. D. Mina Sahn, alt 69 Jahre, Witwe von Jonas Sahn, Kaufmann. Maria Erdwein, alt 67 Jahre, Ehefrau von Ludwiga Erdwein, Landwirt. (Gaggenstein). — 26. Dez.: Theodor Fehrer, alt 76 Jahre, Witwe von Heinrich Petri, Techn. R. V. S. S. S. Rola Diefenbacher, alt 59 Jahre, Ehefrau von Johann Diefenbacher, Fuhrmann. Georg Schraffenhagen, Goldschmied, Ehemann, alt 55 Jahre. Beerigung am 29. Dez., 14 Uhr Leo Weber, Kaufmann, Ehemann, alt 44 Jahre. Beerigung am 29. Dez., 14.30 Uhr. Juliane Stols, alt 63 Jahre, Diakonin, Beerigung am 29. Dez., 15 Uhr. — 27. Dez.: Josef Straub, Redakteur a. D., Ehemann, alt 63 Jahre, Beerigung am 29. Dez., 13.30 Uhr. Albert Wehger, Kammermeister, Ehemann, alt 65 Jahre (Berghausen). Maria Bauer, alt 78 Jahre, Ehefrau von Anton Bauer, Schlossermeister, Beerigung am 29. Dez., 15 Uhr, in Alsbürg. Karl Rees, Landwirt, Ehemann, alt 69 Jahre (Sohlfelden).

Nur etwa 10 bis 12 Pfennige kostet Sie im Durchschnitt
die Kilowattstunde für Beleuchtungs-, Kraft- und Heizzwecke
 wenn Sie nach dem Badenwerttarif auch elektrisch kochen. Ueberzeugen Sie sich!

Lest Bücher
damit schult ihr den Verstand!

TASCH Schnellwaagenfabrik G.m. b.H.
 Karlsruhe in Baden
 älteste deutsche Neigungswaagenfabrik liefert Schnellwaagen aller Art für Kleinhandel, Lager- u. Fabrikbetriebe

Baubedarf G. m. b. H.
Müller-Glauner-Taxis Reserviert
 Baumaterialien-Handlung
 Brauerstr. 6B. Telefon 7676 77

Lebensmittel / Weine / Liköre

Frische Marinaden Folmops - Bismarckhering - Herings in Gelee - aromatisiert 1 Ltr.-Dos. 55 a 1/2 Ltr.-Dos. 33 a	Meier Gabe mops in Altmeyersauce Pilsenerbier in Altholsteinsauce Pilsener und Rollmops in Mayonnaiso 6 Würstchen 1 Pfd.-Dose 33	45	48 Pfund
Kabibel Pfund 17 a	Rotwein Liter 75 a	48	KNOPF
Schnellische Pfund 20 a	Rotwein Liter 60 a	Feine Tafel-Likör in viel Sorten, Flasche v. 1.90 an	
Kabibel-Flöt. Pfund 28 a	Rotwein Liter 1.90 1 75	Gebrannter Kaffee, 70 a, 60 a, 45 a	
	Reiner Traubensack Liter 3.50	70 a, 60 a, 45 a	
		Ger. S. altschinken Pfd. 75 a	

BESUCHT DAS **VOLKSHAUS** SCHÜTZENSTRASSE 16

Moninger Bier

GUTE KÜCHE UND KELLER
EIGENE SCHLACHTUNG
ANGENEHMER AUFENTHALT

Milch das billigste und bekömmlichste Nahrungsmittel

In der **Schuh-Zentrale Offenburg, Hauptstraße 38**
kauft man gut und preiswert!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

29. Dezember

1829 französischer Maler Jacques-L. David. — 1834 englischer Volkswirtschaftler Malthus. — 1890 sozialistischer Schriftsteller Ritzingbau. — 1898 Schriftsteller Marie v. Gaildu. — 1918 Gründung der SPD. — 1918 Austritt der Unabhängigen aus der Reichsregierung. — Wehrvertragssozialistisches Kabinett. — 1926 Dichter Rainer Maria Rilke.

Stilllegung der städt. Milchzentrale

Dem Bürgerschaftsausschuss soll, wie im Stadtratsbericht zu lesen ist, eine Vorlage unterbreitet werden, nach der die städtische Milchzentrale auf 1. Februar 1933 stillzulegen ist. Mit der Anordnung des milchwirtschaftlichen Zusammenflusses für das Verbrauchergebiet Mittelbaden auf Grund des Reichsmilchgesetzes ist die ständige Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreier Milch zu angemessenem Preis auf anderer Grundlage sichergestellt und die bisherige Aufgabe der städtischen Milchzentrale beendet. Das Geschäft und die Inventarstücke der Milchzentrale sollen an den Bad. Volksvereinerband e. V., Karlsruhe, veräußert werden, während die Fortführung des Geschäftes der Milchzentrale Karlsruhe G.m.b.H. überlassen werden soll. Für die Ueberleitung aller durch die Maßnahme berührten Dinge, insbesondere für die Weiterbeschäftigung des Personals, sind die nötigen Sicherungen getroffen.

Ausschuß für die Festlegung des Milchpreises

Als Vertreter der städtischen Milchverbraucher im Preis-Ausschuß des milchwirtschaftlichen Zusammenflusses Mittelbaden hat der Stadtrat die Stadträtin Geiger und die Stadträte Kappes und Niedner bestellt. Dem Preis-Ausschuß gehören fünf Verbrauchervertreter an; die Mehrheit dieser Verbrauchervertreter hat das Recht, gegen Beschlüsse des Preis-Ausschusses die Entscheidung des badischen Landespreiskommissars anzurufen.

Nur wird der Jubel bei allen Gegnern der städtischen

Reichsbanner ein sehr großer sein, denn endlich ist das Ziel erreicht. Was bisher nicht möglich war, wurde nun unter Zuhilfenahme des Reichsmilchgesetzes Wirklichkeit. Die Lebt-ragenden dürften allerdings, soweit die Milchpreisfrage in Betracht kommt, die Verbraucher sein, daran ändert auch die „Kommission zur Festlegung des Milchpreises“ nichts. Es gibt zwar Verbraucher genug, die der Auffassung sind, daß die städtische Milchzentrale ein Hindernis zur Milchpreisherabsetzung sei und deshalb auch diesem Institut keine Sympathien entgegen bringen könnten. Die Zukunft wird jedoch lehren, daß eine solche Auffassung eine irrtümliche war, und daß es noch ganz andere Faktoren sind, die einer Milchpreisverbilligung im Wege stehen. Über die Hauptsache ist, daß wieder ein kommunaler Betrieb zur Strecke gebracht wurde und das wird bei allen Gegnern der Regiebetriebe Genug-tung auslösen.

Weihnachtsfeiern

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Ein Jahr schwerer politischer Kämpfe liegt hinter uns, in denen das Reichsbanner v.a. seinen Pflichten getreu hat. Wahlschlachten sind geschlagen, in denen das Reichsbanner liberal mit in der ersten Linie stand. Es galt, die Nazis niederzurufen. Heute sehen wir, daß der Erfolg mit uns war. Es gärt und kocht in den braunen Säulensäulen und der Nationalsozialist hat sich zum Feind und Hater hat Mühe, seine Niederlagen zu vertuschen. Wir werden nicht ruhen und rasten, ehe der Sieg vollends unser ist. Wir wissen, daß neue und schwere Aufgaben auf uns liegen; alle die aufstehen, die eine Phantome nachgeben haben, ihnen den wahren Sozialismus klar zu machen und sie um unsere Fahne zu führen. Aber heute wollen wir im Kreise der Kameraden und unserer Gäste einige frohe Stunden erleben, die wir wohl verdient haben — so klangen die Worte, die der Vorsitzende des Reichsbanners, Kamerad Stuz, an die Teilnehmer der Weihnachtsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im überfüllten Saal des Friedrichshofes am 2. Feiertag richtete.

Kaum fanden alle Platz, die sich zu dieser kameradschaftlichen Feier einzuwenden hatten. Mit großer Begeisterung wurden die Darbietungen des Feuerquartetts, insbesondere das prächtig gesungene „Weiber zur Sonne, zur Freiheit“ und „Treu bleiben“ aufgenommen und auch die Rezitationen eines Kameraden und eines jungen Mädchens fanden aufmerk-same und begeisterte Zuhörer. Ein Orchester erwerbs-loser Musiker trug mit seinen Darbietungen zur Er-höhung der Stimmung bei.

Wie im Vorjahre konnte wieder jedem erwerbslosen Kameraden eine Spende überreicht werden in Gestalt einer „Bunten Tüte“ mit erfreulichen Überraschungen. Dank allen Spendern, die dazu beitrugen, den vielen Erwerbslosen als Dank für ihre opferbereite Tätigkeit im Dienste der Erhaltung der Republik und der demokratischen Freiheiten eine Weih-nachtsfeier zu überreichen.

Bei geselligen Zusammenkünften und frohem Tanze vergingen schnell die wenigen Stunden, die die Feier währten konnte. Das Reichsbanner aber wird weiter auf dem Posten sein; es wird als Vorhut der Eisernen Front kämpfen für die Republik, für die Demokratie, für eine lokale Ausgestaltung des Staates und nicht eher ruhen, als bis der Sieg unser und der Nationalsozialist verdrängt ist.

Lehrergesangsverein

Der Brief des Weihnachtsmannes in den Vereinsnachrichten und freundliche Erinnerungen an ähnliche Veranstaltungen vergangener Jahre hatten auch diesmal Kinder und Eltern in großer Zahl in die stimmungsvollen Räume des Künstlerhauses gelockt, um hier, geeint zu einer bundertsigen Familie, einige Nachmittags-stunden weihnachtlicher Freude zu widmen.

Leuchtende Kinderaugen schweifen vom Christbaum zum Kasper-theater im Vordergrund, und tausend Fragen nach dem Was und Wie erfüllen schwirrend den Raum. Red die einen, mit liegenden Puppen die anderen, so horcht das Tugendohr der kommenden Dinge.

Kasperle als Anlager gewichtiger Ereignisse schlafte im Nu die ach so gern betretene Brücke zwischen Bühne und dem jugendlichen Hörerkreis. Und schon sind auch wir Alten mitten drin im jugend-lichen Land, sind wir alle dem treuersten Verbund Herz mit Leib und Seele verfallen. Längst hingelassen dem Spiel vom „Pünke“ und der Scene „Prinzeßin Gloria“ und das verlorene „Sippenaltentum“, mit jeder Herzleier auf Seiten des tollkühnen Kasperles, immer bereit, ihn durch marnende Worte vor Tod und Teufel Räder und Krokodil zu schützen. Reich gemüht in Jubel und Jauchzen

Freiwilliger Arbeitsdienst — Pflichtarbeit oder Notstandsarbeit

„Der Stadtrat hat beschlossen,“ lautet lakonisch eine Mel-dung des Sitzungsberichts vom 22. Dezember 1932, worin u. a. berichtet wird, daß die Herrichtung der Albuferan-lagen entweder im Wege der „Pflichtarbeit oder des frei-willigen Arbeitsdienstes“ zur Durchführung kommen solle.

Es scheint, daß unsere Stadtverwaltung oder die in Be-tracht kommenden Dezernenten nur noch zwei Arten von Arbeit kennen, den „FAD“ und die Pflichtarbeit. Notstands-arbeit scheint aus ihrem Programm verschwunden zu sein. Wenn man dortforts aber glaubt, die Pflichtarbeit so anfurberlt, so befindet sich die Stadtverwaltung und die Mehrheit des Stadtrats im Irrtum. Wir erkennen nicht die ma-terielle und seelische Not, in welcher sich unsere Jugend befindet. Mehr aber noch drückt diese Not den „Alten“, den Familienvater. Er ist es, der durch jahrelange Arbeitslosigkeit zermürbt dem Fatalismus oder Radikalismus in die Arme getrieben wird. Das ganze Familienleben leidet unter diesem seelischen Druck, „entwurzelt“ zu sein. Deshalb geht sein Ruf nur nach Arbeit. Er will wieder Boden unter den Füßen haben und nützliches Glied in der menschlichen Gesellschaft sein. Darum, Stadt, Staat und Reich, schafft Arbeit! Das ist der Ruf, den immer dringlicher die Gewerkschaften erheben und in einer Reihe von Eingaben diesbezügliche Vorschläge an die in Betracht kommenden Be-hörden gerichtet haben. Viele Gemeinden und Städte lassen deshalb auch ständig Notstandsarbeiten ausführen, um der größten Not zu steuern.

Nur bei der Stadt Karlsruhe scheint das Wort Not-standsarbeit verpönt zu sein.

Hier glaubt man „FAD“ und Pflichtarbeit seien Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit. Wie steht es nun mit der Pflicht-arbeit? Sie soll ja in der Hauptsache dazu dienen, um die Arbeitswilligkeit zu prüfen, also Ausnahme sein. Wieder in anderen Städten wird sie umgerechnet in „Arbeitsleistung“. (Dazu ein andermal mehr.) Bei uns wird Pflichtarbeit aber Regel. Wie damit das Handwerk und der Unternehmer geschädigt wird, scheint die in Betracht kom-menden Kreise gar nicht zu merken. Wie manche Arbeit wird hier ausgeführt, die in freier Arbeit hergestellt werden und neben dem Arbeiter auch dem Unternehmer Verdienst geben könnte. Wir erinnern nur an die Pflichtarbeit, die bis vor einigen Wochen auf Kartenwörter von Fürsorgeempfängern geleistet wurde. Neben Tiefbauarbeit wurde dort sogar Bes-tonarbeit als Pflichtarbeit ausgeführt. Auf eine Eingabe des Ortsausschusses, diese Arbeit als Notstandsarbeit durchzuföh-ren, beschloß der Stadtrat auf Vorschlag der Verwaltung, diese Arbeit im „FAD“ durchzuführen, nachdem ein Teil da-von schon früher durch diesen geleistet wurde. Statt diese Arbeit als Notstandsarbeiten weiter zu führen, womit eine Förderung vom Landesarbeitsamt von 2,50 bis 3.— M pro Tag und Arbeiter verbunden gewesen wäre, beschließt der Stadtrat wie oben angegeben.

Was ist damit erreicht? Rechnet man den Stundenlohn eines Tiefbauarbeiters mit 68 Pfg., so verdient der Arbeiter pro Tag bei 8 Stunden 5,44 M. Daraus erhält die Stadt 3 M Förderung. Dazu kommt die Vergütung des Pflichtarbeiters von 1 M nebst 30 Pfg. Fahrgehalt = 4,30 M. Also fiktive Mehrausgaben der Stadt von 1,14 M. Bedeutet man aber, daß ein Notstandsarbeiter in freier Arbeit mindestens ein Drittel Mehrarbeit leistet als ein Pflichtarbeiter, kommt sicher sein Verlust dabei heraus. Dabei schafft man aber Steuerzahler und Konjunktur und beteiligt den Unter-fügungsabhängigen. Dabei kann die Stadt einen großen Pro-zentsatz Fürsorgeempfänger beschäftigen, die damit aus der städtischen Fürsorge wegfallen. Wie steht es aber erst mit dem „FAD“? Dort ist der Arbeiter überhaupt rechtlos. Er ist nicht verfährt gegen Arbeitslosigkeit und hat in Krankheits-fällen lediglich Krankenpflege zu beanspruchen. Von den Rechten aus dem RMG ganz zu schweigen. Ueber die Arbeit-losigkeit im „FAD“ haben Berufener ein Urteil ge-fällt, das sicher nicht schmeichelhaft ist. Ganz abgesehen da-von, daß sich die Arbeitererschaft nie recht befunden kann und wird mit diesem Vorläufer der Arbeitsdienstpflcht.

Allem Anschein nach scheint nun Stadtverwaltung und Stadtrat bei der Herrichtung der Albuferanlagen zu ver-fahren: Statt Notstandsarbeit auch hier „FAD“ oder Pflicht-arbeit. Statt Handwerkern und Arbeitern Verdienst zu schaf-fen, wiederum Druck auf die Vermisten der Bevölkerung. Was nützen alle schönen Worte der Parteien im Stadtparlament? Wenn nicht diesen salbungsvollen Worten von dem warmen Herzen und der Sorge für die Arbeitslosen, Stadtrat und Stadtverwaltung Taten folgen lassen, betrachten die Arbeitslosen euere schönen Worte als Heuchelei, sonst nichts.

Was nützt der Trost mit dem Bau der Rheinbrücke bei Mainz oder Verbreiterung des Stichkanals, wenn immer wieder diese Arbeiten hinausgeschoben werden? Aber selbst dann, wenn diese Arbeiten oder eine derselben in Aussicht stehen, laßt diese Arbeiten, die geeignet sind als Notstands-arbeiten, von freien Arbeitern, in freier Arbeit ausführen, damit Arbeit, Brot, Verdienst und Zufriedenheit wieder in

die Familien von tugenden, hunderten verzweifelter Arbei-terfamilien einkehren.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsausschuß Karlsruhe

Arbeitsbeschaffung

Wo bleibt der Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe beim neuen Notstandsprogramm der badischen Staatsregierung?

In dem neuen Notstandsprogramm der badischen Staatsregie-rung, von dem die Öffentlichkeit durch die Presse erfahren hat, ist, soweit der Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe sowie die Stadt selbst in Frage kommt, kaum eine Arbeit von nennenswerter Bedeutung vorgezogen. Heute, im neuen Notstandsprogramm wie auch in dem im September herausgegebenen Finanz-Eröße lesen wir nur von bereitsstehenden Mitteln für Notstandsarbeiten für Ober- und Unterbaden. Der Bezirk Mittelbaden, speziell der Ar-beitsamtsbezirk Karlsruhe, insbesondere die Stadt, fällt dar-bei gänzlich aus. Wenn in dem im September erschienenen Er-öße noch gesagt wurde, daß die Frage über den Rheinbrückenbau noch in der Schwärze ist, so ist im neuen Notstandsprogramm der badischen Regierung diese Frage auch nicht mit einer Silbe be-ruhrt. Ist es wirklich so, daß auf ablehbare Zeit an den Rhein-brückenbau bei Mainz nicht zu denken ist? An Verhandlungen um die Erledigung dieser Angelegenheit hat es ganz bestimmt bis jetzt nicht gelebt. Es soll anerkennend hervorgehoben werden, daß die badische Staatsregierung ihr möglichstes getan hat, um den Brük-kenbau bei Mainz durchzuführen. Schuld an der geradezu unvor-zehlichen Verschiebung ist die bayerische Regierung. Alle Hoff-nungen, die in Kreisen der Arbeitslosen und der in Frage kom-menden Instanzen auf diese Arbeiten gesetzt wurden, sind wieder zerronnen.

Nach den Einweihungsfeierlichkeiten der Mannheimer Rhein-brücke glaubte man bestimmt, daß der Bau der Mainzener Brücke in Angriff genommen wird. Nach den Ausführungen des Finanz-ministers Mattes während der Einweihungsfeierlichkeiten der Mannheimer Brücke konnte man sich neue Hoffnungen hingeben. Er wies dort auf die freundschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten, Bayerns und Badens, hin und führte weiter aus, daß es als ein Unterpfand betrachte, daß nun auch die anderen im Brückenbau-Vertrag vereinbarten Bauwerke auch zu Stande kommen, so daß künftig alle drei Brücken ein dauerndes Denkmal der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und Baden sein würden. Aber trotz aller schönen Reden haben wir keinen Fortschritt in der uns am nächsten liegenden Frage, dem Bau der Rheinbrücke bei Mainz. Eine Arbeit, an der so viele in Not geratene Fam-ilienväter hätten Arbeit finden können. Wir finden die Haltung der bayerischen Staatsregierung in der Frage des Rheinbrückenbaues bei Mainz geradezu ungeheuerlich. Die Stadt Karlsruhe hat den auf sie entfallenden Teil von 1,3 Millionen schon längst bewilligt. Wird der Brückenbau bei Mainz durch künftigen Paritularismus noch weiter verschleppt, was gefordert werden, daß mit diesen städtischen Mitteln andere Arbeiten in Angriff ge-nommen werden. Der Bau des 5. Rheinbrückens ist längst be-schlossene Sache des Bürgerausschusses; wenn diese Arbeit nicht in Angriff genommen wurde, so deswegen, weil nach Ansicht des Ober-bürgermeisters die Mittel hierfür fehlen. Wir wünschen, daß die Finanzgründung dieser Arbeit sofort erfolgt, damit Arbeitsmit-tel für Arbeitslose und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger geschaffen werden. Die für den Brückenbau bereit stellten Mittel können hierbei Verwendung finden.

Wenn Reich und Staat für unsere Besten keine Mittel zur auf-wändige Notstandsarbeiten in Aussicht gestellt haben, so erleben wir trotzdem die Forderung auf Durchführung solcher Arbeiten und er-lauben die badische Staatsregierung wie auch die Stadtverwal-tung Karlsruhe, für die Bereitstellung solcher Arbeiten beforat zu sein. Soweit die badische Staatsregierung in Frage kommt, erlauben wir, daß sie trotz aller Widerwärtigkeiten die Angelegenheit um den Rheinbrückenbau bei Mainz forcieren und sich beim Reich halft-einstellen, daß mit dem Bau umgeben begonnen wird. Die Staats-regierung selbst erlauben wir, auch übererleits dafür beforat zu sein, im Bezirk Karlsruhe Notstandsarbeiten durchzuführen zu lassen, wo bei wir das Projekt in Rastermört, Freilegung der Rheinde-lbäck von Schlingengewächsen sowie Reauiturierung derselben für einen raschen Ablauf im Auge haben.

Als vorläufige und sofort in Angriff zu nehmende Notstands-arbeiten von Seiten der Stadt Karlsruhe muß gefordert werden, daß mit dem Bau der Hafenbecken umgeben begonnen wird. Eine weitere umfassende Notstandsarbeit der Stadt wären gewisse Bau-arbeiten zu dem im Generalbebauungsplan vorgegebenen Waldtrich-hof bei Bulach. Diese Arbeiten könnten geschaffen werden in der Form werkschaffender Arbeitslosenfürsorge. Nach Auffassung der in Frage kommenden Reichsstellen soll durch möglichst reifliche An-nehmung aller gegebenen Möglichkeiten ein erheblich höherer Wirt-schaftsgrad der Notstandsarbeiten erreicht werden. Es sollen nach wie vor Notstandsarbeiten in der bekannten Weise durch Gewäh-rung perforner Zuschüsse (Grundförderung), arbeits- und volks-wirtschaftlich besonders wertvolle Arbeiten außerdem durch Ge-währung langfristiger und nebenverdienstlicher Darlehen („Brot-karte Förderung“) gefördert werden. Wenn Worte einen Sinn haben sollen, so kann die Auffassung der in Frage kommenden Reichsstellen nur die sein: Länder, Städte und Gemeinden, für die Notstandsarbeiten durch!

Wilhelm Koch

lobt herzlicher Dank die Akteure hinter der bunten Wand: Präu-lein Diemer und die Herren Waser und Hans Wolf — denn das Gute kommt von — Zurück. Es folgt das Weihnachts-spiel „Der Kinder Weihnachtsraum“, von Herrn F. Stein-brenner mit trefflichem Gespiel und großen Opfern an Zeit, Geduld und Mühe mit Kindern des Vereins einstudiert und von diesen mit ursprünglicher Frische und Natürlichkeit unter atem-losender Spannung der keinen Zeit zur klüßlichen Darstellung ge-bracht. Und es kann ja nicht anders sein; Das Gute findet seinen Lohn. Hähnel und Gretel (Goon Weichselbaum und Gustav Sturm) leben, erwachend von Träumen im Winterwald, ihre Wünsche noch Bilderbuch, Bunne und Pökel (Gnae Fritsch und Trgnard Grundel) aufs lieblichste erfüllt. Vergessen sind die

Drohungen des Knechts Ruprecht (Armin Schneider), an-schließen ist das freundliche Bild des Christkinds (Marca De-hbold), der Lammke (Lore Neubert) und ihres getreuen Ge-hilfen Finkeln (Selmut Reager), und nun achts beimwärtig mit dem Försterhohn Hans (Roland Franz), um in der armen-Holsbauerschilde Herzen weihnachtlicher Freude zu entsanden.

Selbstverständlich, daß auch dieses Spiel mit dem verdienten herzlichen Erfolg verhandelt wurde. Selbstverständlich, daß der Weihnachtsmann für all die Kleinen eine Gabe hatte, und selbstverständlich auch, daß noch viel hier nicht genannte Kräfte sich mühen am Werke sein mußten, um diesen Kinderreue im Kreise der WG. zu ermöglichen. Ihnen allen sei das Leuchten aus Kindern-ogen der Dank, der reichlich lobtet.

E. St

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Gestern vormittag fuhr ein Weinbändler mit seinem Lieferauto durch die Kriensstraße. Um mit einem aus der Ritterstraße kommenden Personenkraftwagen nicht zusammenzustoßen, bog der Führer des Lieferkraftwagens scharf nach links ab; hierbei kippte das Lieferauto nach rechts um. Zwei erfasste Weinbändler fielen dabei herab und circa 400 Liter Wein ergossen sich auf die Straße.

Ermittelter Einbrecher

Durch die Polizei in Darlanden wurde gestern ein verheirateter Maschinenarbeiter aus Darlanden festgenommen, der an den Weihnachtsfesttagen den bereits gemeldeten Einbruch in eine Fabrikantentelefonzelle verübt hatte.

Eine 75jährige. In voller geistiger und körperlicher Frische kann heute eine alte und langjährige Konsantin des Volksfreundes Frau Katharina Zipse, geb. Würz, auf ihr 75jähriges Geburtsfest zurückblicken. Die Jubilarin ist gebürtig in Bruchhausen und ist die Mutter unseres Parteigenossen Müller-Würz in Darlanden.

(-) Berufung. Der Göttinger Privatdozent Dr. Ana. Willy Prager hat einen Ruf auf den Lehrstuhl der technischen Mechanik an der Technischen Hochschule in Karlsruhe als Nachfolger von Prof. Max Tolle erhalten.

Darläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Verbreiteter Druckfall in ganz Europa deutet auf eine im Gange befindliche Umwälzung der Wetterlage. Die atlantischen Hochlagen werden jetzt immer mehr Einfluss auf die Wetterlage Mitteleuropas erhalten, woran aber nicht die Hoffnung auf eine erhebliche Besserung der Winterverhältnisse für die Jahresperiode getrappt werden kann.

Wasserstand des Rheins

Basel minus 35; Waldshut 169; Rheinfelden minus 218; Rehl 201; Marau 332; Mannheim 197; Caub 122 Zentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokr. Bürgerauschussfraktion Dienstag, 3. Januar, abends 8 Uhr, im kleinen Rathsaussaal wichtige Fraktionskammer.

Frauengruppe der Alt-, Mittel- und Südweststadt Donnerstag abend 8 Uhr Lesabend in der Nähstube der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrich-Straße 22.

Bezirk Klippurr Eine sehr wichtige Ausschreibung findet am Freitag, den 30. Dezember, 20 Uhr, in der Wohnung des Gen. Lens, Kosenweg 50, statt. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

Am Donnerstag, 29. Dezember, abends 8.30 Uhr. Kinderbesetzung, anschließend gemütliches Beisammensein der E. F.-Kameraden im Lokal. Beteiligte haben für mündliche Einladungen zu sorgen.

Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

Aus der Stadt Durlach

Noter Baden. Achtung! Heute abend 8 Uhr wichtige Probe im Tanzhaus. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Schwerer Verkehrsunfall bei Bruchhausen Zwei Tote

Mittwoch nachmittag gegen 16 Uhr wurde bei dem Schrankenwärterposten 173 der Straße Ettlingen-Bruchhausen durch den Personenzug 928 ein Personenauto mit Anhänger erfasst. Nach dem Zusammenstoß wurde die Schranke nicht gelassen. Durch den Zusammenstoß wurde der Besitzer des Kraftwagens, Gustav Müller von Grödingen und sein Sohn Josef Müller, der den Wagen führte, getötet. Die mitfahrende Ehefrau Luise Müller wurde schwer verletzt und in das Krankenhaus nach Karlsruhe überführt.

Durch den Unfall erlitten einige Personenzüge erhebliche Verspätungen, da beide Gleise bis 18.30 Uhr gesperrt waren und von da an nur eingeleitete Züge verkehren konnten, bis die auf dem Platz erscheinende Staatsanwaltschaft die Räumung freigab. Die direkten Züge wurden über Durmersheim umgeleitet. Untersuchung ist eingeleitet.

Der Schrankenwärter wurde in Haft genommen. Nach seinen Angaben will er verunreinigt haben, durch Signalgebung mit dem roten Licht den Personenzug nach zum Stehen zu bringen, was aber bereits zu spät war, da auch im selben Moment der Schnellzug von Rastatt dahergehert kam und die Sicht verperzte.

Ueber den Bergang des Unfalls wird dem „Bad. Beobachter“ noch geschrieben:

Nach dem Passieren des von Rastatt nach Karlsruhe fahrenden Schnellzuges öffnete der Schrankenwärter die Schranken. Die wartenden Autos setzten sich sofort in Bewegung, das erste kam über die Gleise, das zweite wurde inmitten des Bahnübergangs von dem in diesem Augenblick von Karlsruhe kommenden Personenzug erfasst und 130 Meter weit geschleift. Das Auto wurde völlig zerstört. Die Untersuchungsbehörde wurde sofort nach der Unfallstelle gerufen. Die Schuld an diesem schweren Unglück trifft unzweifelhaft den Schrankenwärter, der aus Unvorsichtigkeit die Schranke zu früh geöffnet hatte.

Das Ehepaar Müller hat 2 Söhne, der tödlich verunglückte Sohn war etwa 28 Jahre alt. Das Ehepaar Müller befand sich auf einer Geländereise. Dies ist daraus zu schließen, daß der Viehhändler auf einem kleinen Anhänger ein Kalb mit sich führte und man in einer mitgeführten Geldtasche einen hohen Geldbetrag vorfand.

Die Unfallstelle gehört zu den am meisten befahrenen Gleisübergängen, handelt es sich doch um die von Ettlingen nach Rastatt führende Verkehrsstraße, die einen außerordentlich großen Kraftwagenverkehr aufweist. Die Dunkelheit und vor allem der am Mittwoch abend herrschende ziemlich dicke Nebel mögen dazu beigetragen haben, daß der heranabende Personenzug nicht mehr rechtzeitig erkannt worden ist.

Kleine bad. Chronik

Bruchsal, 28. Dez. Arbeitsbeschaffung im Arbeitsamtbezirk Bruchsal. Da im freiwilligen Arbeitsdienst nur Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren beschäftigt werden dürfen, haben sich eine Anzahl Gemeinderäte im Arbeitsamtbezirk Bruchsal entschlossen, für die Beschäftigung von älteren Erwerbslosen Hoffnungsarbeiten durchzuführen. Bei diesen Hoffnungsarbeiten werden sowohl Arbeitslose - wie auch Kriegen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger beschäftigt.

Brühl (bei Schweikringen), 28. Dez. In der Nacht auf Dienstag drang ein unbekannter Einbrecher in die Wohnung des hiesigen Arztes Dr. Renner ein und raubt Schmuckgegenstände im Gesamtwert von rund 4000 M. sowie circa 60-70 M. Bargeld aus einer Handtasche.

Müden, 28. Dez. Die Wiedereröffnung der Glasbläse Müden. Der Bürgerausschuss Müden nahm gestern in öffentlicher Sitzung einen Antrag des Gemeinderats mit 51 Stimmen bei 14 Enthaltungen der Nationalsozialisten und Kommunisten an, durch den die Wiederinbetriebnahme der Glasbläse Müden ermöglicht wird. Dies soll Ende Januar oder Anfang Februar mit einer Belegschaft von etwa 110 Arbeitern geschehen.

Marktberichte

Rindmarkt in Durlach am 28. Dezember. Aufgetriebene Tiere: 1 Fohlen, 42 Kühe, 8 St. Jungvieh, 7 Kälber; verkaufte Tiere: 31 Kühe, 8 St. Jungvieh, 7 Kälber. Preise: Milchkühe häufigster Preis 230 M., niedrigster Preis 200 M., höchster Preis 320 M.; Jungkühe häufigster Preis 300 M., niedrigster Preis 260 M., höchster Preis 340 M.; Kälbinnen häufigster Preis 270 M., höchster Preis 350 M.; Kälber häufigster Preis 100 M., niedrigster Preis 75 M., höchster Preis 130 M. Als häufigster Preis gilt der für die bezeichnete Wertklasse am häufigsten (meisten) bezahlte Preis.

Schweinemarkt in Bruchsal vom 28. Dezember. Angefahren wurden: Milchschweine 66, Läufer 36; verkauft wurden: Milchschweine 50, Läufer 10; höchster Preis pro Paar: Milchschweine 23 M., Läufer 32 M.; häufigster Preis pro Paar: Milchschweine 20 M., Läufer 30 M.; niedrigster Preis pro Paar: Milchschweine 18 M., Läufer 26 M.

Clubsportberichte

„Abenteuer im Engadin“ im Gloria

Für geladene Gäste veranstaltete das Gloria am zweiten Weihnachtstag eine Sondervorführung des neuen Filmes von Dr. Fant „Abenteuer im Engadin“. Dr. Fant, allen bekannt durch seine herrlichen alpinen Filme, wie „Stürme um den Montblanc“ usw., hat diesmal die Idee zu einem Lustspiel im Schnee gehabt, die nicht so allfänglich war, als ihre Vorgängerinnen. Wohl jeder Zuschauer freut sich einmal daran, solche Schwärme mitzumachen. Sportlich zeigt der neue Film ausgenommen. Im Winterportdrama Krota steigt der Film. Der Kameramann zeigt uns ein feines Bobrennen, Schlittschuhfahren, Schlittschuh und nicht zuletzt Abfahrten, die sich sehen lassen können. Für einen Augenblick sieht man auch einmal Schlittschuhfahren die namentlich bei Sportlern außerordentlich interessant und leider viel zu kurz vorüber. Die Gleichzeitigkeit, die sich dann zwischen Sportlern und Jagen. Aufhorchen tut das, ist ziemlich nett. Ein interessantes Programm, die neueste For-Boxenbau und der Film von Karlsruhe, über den schon mancher geschrieben wurde, erdigen das bedeutendste Programm.

Letzte Nachrichten

Schweres Schiffsunglück in Neuseeland

Wellington, 28. Dez. Am Mittwoch abend erfolgte am Eingang des Binnenhafens ein Zusammenstoß zwischen einem Dampfer und einem Motorboot, auf dem 31 Arbeiter aus dem Außenhafen zurückkehrten. Das Motorboot sank. 21 Arbeiter wurden gerettet, die übrigen zehn sind wahrscheinlich ertrunken.

Flugzeugunglück in Spanien

Paris, 28. Dez. Nach einer Blättermeldung aus Madrid fürzte gestern das Postflugzeug Barcelona-Toulouse in der Provinz Terribla brennend ab. Im Bord befanden sich der Pilot und zwei Hochseitsreisende. Der Pilot und die junge Frau verbrannten, der Ehemann wurde schwer verletzt.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 28. Dezember: Badisches Landestheater: Singspiel Hummel durch die Welt. 15 Uhr. Der Mann mit den grauen Schläfen. 20 Uhr. Colosseum: Varietéprogramm 20 Uhr. Badische Bühnen: In Hildesheim Märchenreich: Götterganz. (Wäpne.) Märchenfilme. Theater bei den. Das tapfere Schmelzerlein. 14.15 und 16.30 Uhr. Die Tänzerin von Sanssouci. 20.30 Uhr. Gloria-Palast: Abenteuer im Engadin. Vorprogramm. Palast-Vorspiele: Mutter. Vorprogramm. Heilungs-Vorspiele: Der weiße Dämon (Rauschgift). Vorprogramm. Schauspiel: An heiligen Wassern. Vorprogramm. Union-Theater: Der große Jodel. Jodel Europa. Rastler Bauer: Rapale Curt Rastler. Retterer: Dohauer Bauerntapeße.

Von den drei Einakter Ludwig Thomas, die am Donnerstag, 29. Dezember in Szene gehen, sind „Waldfrieden“ und „Erster Klasse“ Erstaufführungen, der an zweiter Stelle stehende „Die kleinen Verwandten“ (vor 15 Jahren hier erst aufgeführt) eine Neueinstudierung. In den Hauptrollen wirken die Damen Ermath, Ervig, Frauendorfer, Mademacher, Seiling und die Herren Brand, Ernst, Gemmede, Herz, Hierl, Mehner, Müller und Schulze mit. Die Spielleitung hat Ulrich von der Trend.

Neue Erkenntnisse im Verdauungsvorgang vermittelt uns die Lebensarbeit eines Mannes, der den wichtigsten Vorgang im Darne, nämlich die gesunde Verdauung, ganz neu auf einfachster, natürlicher bakteriologischer Grundlage erklärt. Die Behauptung geht dahin, daß die gesunde Verdauung von dem Vorhandensein eines Bacillus, Acibophilus genannt, abhängt, der im Darne unaufergesselt Milchsäure erzeugt und dadurch das Ankommen von schädlichen Keimen verhindert. Im gesunden Darne ist Acibophilus naturgegeben vorhanden. Verdauungsstörungen dagegen weisen auf ein Fehlen oder eine zu geringe Anzahl dieser darmbesiedelnden Keime hin. Zur Behebung dieses Mangels dienen die „Acibophilus-Tabletten“, welche lebende Acibophilus-Keime in großer Anzahl enthalten. Die Erfolge mit diesen Tabletten sind hinsichtlich natürlicher Ernährungsgewohnheiten verhältnismäßig. Im gesunden Darne ist Acibophilus naturgegeben vorhanden. Verdauungsstörungen dagegen weisen auf ein Fehlen oder eine zu geringe Anzahl dieser darmbesiedelnden Keime hin. Zur Behebung dieses Mangels dienen die „Acibophilus-Tabletten“, welche lebende Acibophilus-Keime in großer Anzahl enthalten. Die Erfolge mit diesen Tabletten sind hinsichtlich natürlicher Ernährungsgewohnheiten verhältnismäßig. Im gesunden Darne ist Acibophilus naturgegeben vorhanden. Verdauungsstörungen dagegen weisen auf ein Fehlen oder eine zu geringe Anzahl dieser darmbesiedelnden Keime hin. Zur Behebung dieses Mangels dienen die „Acibophilus-Tabletten“, welche lebende Acibophilus-Keime in großer Anzahl enthalten. Die Erfolge mit diesen Tabletten sind hinsichtlich natürlicher Ernährungsgewohnheiten verhältnismäßig.

Wir Volksfreund-Abonnenten empfehlen uns!

Table listing various restaurants and businesses in Karlsruhe and surrounding areas, including Gambrinushalle, Zum Salmen, Restaurant Bernhardshof, 'BÜRGERHOF', Gasthaus Gold. Stern, 'Neuer Saalbau', Ritter - Mühlburg, Krone Mühlburg, Mühlburg Gold. Hirsch, Gasthaus zum Goldenen Lamm, 'RHEINHAFEN', Gasthaus Adler Mühlburg, Anker - Mühlburg, Richard Horn Witwe, Gasthaus z. Engeln, 'Rebstock', Deutsche Eiche, Restauration Grünwald, 'Hirsch' Rintheim, Gasthaus z. Engeln, 'Zur Absiedlung', Zur Neuen Wacht, Friedr. Eppinger, Volkshaus Daxlanden, Gasthaus Bahnhof.

